

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 11. Juni 1898.

Inserate die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 J.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Proletarier, sammelt Euch! — Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie. — Die gewerbliche Betriebszählung 1895 und die Metallindustrie. — Der Ausbau der Arbeiterversicherung in Oesterreich. — Der Versuch Dunderiana. — Feuilleton: Vorsicht beim Reinigen von Dampfesseln. — Einwirkung des neuen Innungsgesetzes auf den gewerblichen Arbeitsvertrag. — Aus Oesterreich. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Mitteilung über die im Mai bei der Hauptversammlung eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — An die Klempner, Gas- und Wasserleitungsarbeiter Hamburgs. — Gerichtszeitung. — Vermischtes. — Vitterarisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Formern nach Halle a. S. (Prinzler u. Söhne) A., nach Höchst a. M. (Armaturen- u. Wasserwerkgesellschaft vorm. Breuer u. Co.) M., nach Leer i. Ostfriesland (Bochhoff u. Co.) D., nach Tollar (Main-Wefer-Hütte) M., nach München D., nach Nürnberg L., nach Ravensburg (Soner) L., nach Wolfenbüttel (Brandes) M.;
 - von Feilenbauern nach Bielefeld und Schloss Holte L., nach Breslau, nach Düsseldorf L., nach Leipzig, nach Nürnberg;
 - von Klempnern nach Flensburg (Möller'sche Maschinenfabrik), nach Heidelberg (Zirkonamentenfabrik von Schönenberger);
 - von Bauhilffern nach Mannheim D.;
 - von Schlossern und Maschinenbauern nach Altona (F. M. Stahl), nach Schönebeck (Winden u. Fahrradbau Ferd. Lange);
 - von Schleifern nach Bielefeld (Hengstenberg) St., nach Löbau (Steinhäuser) M., nach Zelzow i. Bglt. (Britannia-Wäffel-Fabrik) M., nach Zwickau (Regina-Fahrradfabrik von C. Wolf Söhne) D.;
 - von Fahrradarbeitern nach Brandenburg a. S., nach Karlsruhe (Paid u. Neu) M.;
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach Bielefeld, nach Erfurt (Schwabe u. Co.), nach Landrecht i. Pf. (Hemmer), nach Magdeburg (Metallwaarenfabrik Weiser u. Fliege, Inh. Stein) Str., nach Salzmungen M.;
 - von Fuß- und Wagenschmieden nach Breslau L.;
 - von Klempnern und Emailleuren nach Düsseldorf (Wortmann u. Elbers) D.;
 - von Gürtlern nach Nürnberg (Patentstiftfabrik von Bühler) Str.
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Aussperrung; D.: Differenzen; N.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Proletarier, sammelt Euch!

Die großen Volksausbeuter und Parasiten sammeln sich unter der Führung des Ministers Miquel, des „Genossen“ aus dem Jahre 1848, da er Atheist, Organisator von Bauernaufständen und der Freund von Karl Marx war. Die Schlot- und Krantjunker sammeln sich, um unter Einsetzung ihrer ganzen Kraft und ihres ganzen mächtigen Einflusses einen neuen Reichstag zu Stande zu bringen, der ein würdiges Seitenstück zum preussischen Landtage, der Geldjacksvertretung par excellence, bilden würde. Unter dem verrufenen Schlagworte „Schutz der nationalen Arbeit“ wurde die Sammlungs politik eingeleitet und wird sie fortgeführt, nicht um die nationale Arbeit zu schützen, sondern auszurauben — auszurauben wie 1879, 1885 und 1887, da Bismarck'sche Deutepolitik und Unterdrückung des arbeitenden Volkes durch das Sozialistengesetz Hand in Hand gingen.

Wo im Jahre 1892 die Caprivische Handels politik abgebrochen, da soll der neue Reichstag von 1898 wieder anknüpfen. Nieder mit den Handelsverträgen, hoch der 8 M-Getreidezoll!, so lautet das Gelbgeschrei der Deutepolitiker. Für das arbeitende Volk bedeutet diese Parole Rückgang des Exports an Industrieerzeugnissen, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Theuerung, Noth und Entbehrung.

Der durchtriebene und abgebrühte Gelbjackspolitiker Bismarck betrieb mit seiner Zollpolitik ganz offen und

ungeschämt die Bereicherung der bestehenden Klassen auf Kosten der großen Masse des arbeitenden Volkes, er betrieb ganz offen die Züchtung von Millionären, welche die „Edelsten und Besten“ der Nation sind und gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie einen festen Damm bilden, der Ordnung, Religion und Sitte vor den Gefahren der rothen Nothe sichert. Die Krantjunker hatten ihren 5 M-Getreidezoll, ihre Vieh- und Fleischzölle, ihren Holzzoll und ein Duzend weiterer verschiedener Zölle zum Schutze der Landwirtschaft; die Schlotjunker hatten ihre Industriezölle, die zu der Praxis führten, daß das Inland alles viel theurer bezahlen mußte, als das Ausland. So wurde im Jahre 1882 von deutschen Unternehmern die Tonne Walzdraht im Inlande, also auf dem deutschen Markte, verkauft für 220 M., im Auslande für 180 M., Differenz zu Ungunsten Deutschlands 40 M. Deutsche Werke lieferten der oberitalienischen Bahn die Tonne Stahlschienen zu 163 M. und 160 M., die Rechte-Ober-Isar-Bahn hatte sie mit 223 M. bezahlen müssen, Differenz 60—63 M. Die Eisenbahndirektion Frankfurt mußte für Stahlschienen pro Tonne 187 M. zahlen, während deutsche Werke bald nachher dieselbe in Rio de Janeiro für 134 M. anboten, Differenz 53 M. Krupp bot der rumänischen Bahn Stahlschienen franko Galatz die Tonne zu 111,60 M. an, während Frankfurt a. M. dafür 144 M. zu zahlen hatte, Differenz 32,40 M. Im Jahre 1886 wurden von deutschen Werken Schienen, deren Preis in London 85 M. betrug, in Deutschland zu 120 M., nach Australien aber für 76 M. geliefert, Differenz 44 M. Der Hürder Berg- und Hüttenverein hatte im Jahre 1890 am inländischen Schienengeschäft 600,000 M. gewonnen, am ausländischen aber 360,000 M. verloren, weil er die Schienen an das Ausland verschleudert hatte!

Diese unsittliche, geradezu volks- und vaterlandsverräterische Wirkung hatten die Industriezölle in der Eisenindustrie und in gleichem Maße in der ganzen Industrie. Dem arbeitenden Volke wurde dadurch Alles vertheuert, was über das nackte Leben hinaus geht und dieses, d. h. die nothwendigsten Lebensbedürfnisse, Mehl, Brod, Hülsenfrüchte, Fleisch, Speck, Schmalz zc. wurden vertheuert durch die landwirtschaftlichen Zölle. Durch das Sozialistengesetz geknebelt, von Bismarck, Puttkamer u. Co. mit Haß verfolgt, durch den Streikerlaß und eine blindwüthige Polizei in der Organisation und Durchführung wirtschaftlicher Kämpfe gehindert, mußte die Arbeiterschaft zähneknirschend die gewissenloseste Ausraubung und Ausshungerung über sich ergehen lassen! Darum dann der Sammer der Raub- und Deutepolitiker über das Fallen des Sozialistengesetzes und seiner Väter, der Bismarck und Puttkamer und darum die frisch erhaltene heiße Sehnsucht und das fortwährende Geschrei derselben volksfeindlichen Elemente nach neuer Entrechtung und Unterdrückung des Volkes.

So sah der Schutz der nationalen Arbeit damals aus und so ist er von den Sammlungs- und Deutepolitikern für die Zukunft gemeint. Die Bismarck'sche Zollpolitik hatte die gleiche Zollpolitik des Auslandes zur Folge, überall erhoben sich hohe Zollschränken, die nur durch Schlanderpreis auf Kosten des eigenen Landes überstiegen werden konnten. Dies gelang jedoch nicht immer und die weitere Folge davon war der Rückgang des deutschen Exports von 3269,4 Millionen Mark im Jahre 1884 auf 2915,2 Millionen im Jahre 1885; 1892, da die neuen Handelsverträge mit ermäßigten Zollsätzen abgeschlossen wurden, betrug der deutsche Export 3150,1 Millionen, um 119,3 Millionen weniger als 1884. Unter dem Einflusse der Caprivischen Handelsverträge, für die j. Z. auch die Sozialdemokraten im Reichstage stimmten, ist die deutsche Ausfuhr in den letzten Jahren

erheblich gestiegen und betrug 1897 3808,13 Millionen Mark, die höchste, bisher erreichte Werthziffer!

Der Rückgang des deutschen Exports hatte die große Wirtschaftskrise zur Folge, unter der die Arbeiter in den achtziger und Anfangs der neunziger Jahre, namentlich von 1890 an bis Ende 1894 zu leiden hatten. Produktionsbeschränkungen, Arbeiterentlassungen, also Arbeitslosigkeit und Lohnreduktionen waren an der Tagesordnung und der Bruch mit der Bismarck'schen Zollpolitik war zur unabweislichen Nothwendigkeit geworden; die Handelsvertrags politik bot den einzigen Rettungsweg für Deutschland und ihre Befolgung hatte die besten Wirkungen. Die Prosperitätsjahre 1896 und 1897, welche einzig in der deutschen Wirtschaftsgeschichte dastehen, brachten den Arbeitern volle und reichliche Beschäftigung, Verminderung der Arbeitslosigkeit und eine Lohn- und Streikbewegung von größter Ausdehnung, den Kapitalisten aber fette Gewinne, wie nie zuvor.

Und mit dieser gut bewährten Handelsvertrags politik soll zu Gunsten der unfähigen und läberlichen Agrarier, deren Ideal ein verschwenderisches, genuß- und vergnügungsreiches Leben ist, gebrochen werden. Die Charakterlosigkeit soll in der deutschen Politik das höchste Prinzip sein! Wer 1892 die Nothwendigkeit der Handelsvertrags politik anerkannte und ihr zustimmte, der soll heute diese selbe Politik als den Inbegriff alles Schlechten verdammen und für ihre Beseitigung stimmen. 1892 erforderte die Erhaltung von Ordnung, Religion und Sitte die Zustimmung zu den Handelsverträgen mit mäßigen Zollsätzen, 1898 erforderte dieselbe Dreieinigkeit die Zustimmung zur Wiederbeseitigung der Handelsverträge und zur Inaugurierung einer neuen Zoll- und Raubpolitik, die in dem 8 M-Getreidezoll ihren Gipfel erreicht. Ein charaktervoller Mann und Politiker kann einen solchen Zickzackkurs nicht mitmachen und in diesem Falle ist die ganze Sozialdemokratie.

Die Wiederbeseitigung der Bismarck'schen Raub- und Unterdrückungspolitik, nur noch in verschlimmter Gestalt, ist das Ziel der schlot- und krantjunkerlichen Sammelpolitiker. Verkümmern des Reichstagswahlrechts für das Volk, Verschlechterung des Koalitionsrechts, Einschränkung der Freizügigkeit, Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechts, der Pressfreiheit usw. für das arbeitende Volk, das sind die politischen Aufgaben, welche die Reaktionsäre und Sammelpolitiker dem nächsten Reichstage zugebacht haben. Während der Wahlbewegung haben es die Reaktionsäre voll sittlicher Entrüstung als Verleumdung zurückgewiesen, daß ihnen solche schwarze Pläne zugeschrieben werden. Es genügt aber auf das jahrelange Schreien nach Ausnahmegeetzen gegen die Sozialdemokraten hinzuweisen, auf die Begeisterung der Konservativen, Nationalliberalen und Ultramontanen für die 1894 dem Reichstage vom Bundesrath vorgelegte Umsturzbillage, die schließlich nur deswegen scheiterte, weil sie sich nicht über die Form der Reaktion einigen konnten. Reaktion wollten sie Alle, nur mit dem Unterschied, daß das Centrum die allgemeine Reaktion, die Nationalliberalen und Konservativen aber ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie haben wollten. Der von allen diesen Parteien für die Reaktion bethätigte gute Wille ist festzuhalten und daraus die Konsequenz zu ziehen, keiner derselben die Stimme zu geben. Was in Deutschland noth thut, ist nicht Reaktion, sondern weiterer Ausbau der Freiheit und der Volksrechte; dafür treten aber allein ehrlich und energisch die Sozialdemokraten ein!

Die Vermehrung des stehenden Heeres, neue Gewehre, Kanonen, Kasernen, Festungsbauten zc. zc. sind Pläne, welche die Regierung hegt und sie dem neuen Reichstage vorlegen wird. Ist er volksfeindlich, so wird er die neuen Lasten, wird er die weitere

Stärkung des freiheitsfeindlichen Militarismus bewilligen, wie er die Flottenvorlage bewilligt hat.

Neue indirekte Steuern planen die Regierung wie die bürgerlichen Parteien. Die Milliarde, welche bis 1905 für neue Kriegsschiffe aufgewendet wird, wird nicht von den reichen Seuten, den Stumm, Krupp, den Schlot- und Krautjungern sammt Anhang aufgebracht, sondern von der großen Masse des arbeitenden Volkes. Die Bourgeoisie zieht von der „Weltpolitik“, von der Kolonialpolitik wie von der Flottenvermehrung den Nutzen in Gestalt fetter Geschäftsgewinne und fetter Beamtenstellen zc., die Nachteile davon in Gestalt der Kostendeckung hat aber das arme Volk zu tragen. Der sozialdemokratische Antrag auf Einführung einer direkten Reichseinkommensteuer für Einkommen von 6000 M an zur Deckung der Kosten der neuen Kriegsschiffe ist vom Reichstag glänzend abgelehnt worden; es wird also eine Erhöhung der bereits bestehenden indirekten Steuern vom nächsten Reichstag beschlossen werden oder er bewilligt neue indirekte Steuern, oder Monopole. So haben die Selbstzuckpolitiker 1 Milliarde für neue Kriegsschiffe auf Kosten des Volkes bewilligt — ein gewiß billiger Patriotismus, der überdies noch durch Geschäfte aller Art dabei gewinnt. Dieser eigenmütige, brutale Prozent-Patriotismus wirft dann dem arbeitenden und sozialdemokratisch gesinnten Volke „Vaterlandslosigkeit“ vor. Welche Heuchelei!

Mit neuen indirekten Steuern in Gestalt neuer und erhöhter Zölle wird das deutsche Volk von einem plutokratisch-agrarischen Reichstag ebenfalls heimgesucht werden. Heute bereits zahlen wir mit jedem Bissen Brod, Fleisch und anderen Nahrungsmitteln, die wir essen, mit jedem Schluck Bier, Wein oder Schnaps, den wir trinken, mit jedem Körnchen Salz, mit jedem Stück Zucker, mit jedem Tropfen Petroleum usw. an die Reichskasse eine schwere Steuer und an zahlreiche Produzenten durch den Zoll erhöhte Preise auch der inländischen, also nicht aus dem Auslande eingeführten Waaren. 731 Millionen, wovon 440 Millionen Zölle, zahlte das deutsche Volk im vorigen Jahre an indirekten Steuern in die Reichskasse. Circa 80 M zahlt der Ernährer einer 5köpfigen Familie per Jahr indirekte Steuern an das Reich, wozu dann noch die Einkommensteuern in den Einzelstaaten und die Verzehrungssteuern (Oktroi) in vielen Städten kommen. Bei einem Jahreseinkommen von 900 M muß der Arbeiter 80 M an das Reich und vielleicht 30—40 M und noch mehr an Staat und Gemeinde zahlen, die ihm dann noch nicht einmal das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gewähren.

Wie prompt und genau alle Zölle und indirekten Steuern im Preise der Waaren wieder erscheinen, zeigte jüngst bei der Brodtheuerung die Differenz der Brodpreise an der badisch-schweizerischen Grenze. In Konstanz kostet das Pfund Brod 15 1/2 J, in dem mit Konstanz unmittelbar verbundenen Schweizerdorf Kreuzlingen aber nur 13 J. Der deutsche Getreidezoll beträgt bekanntlich M 3,50 per Doppelzentner, also rund 2 J per Pfund, bei obiger Differenz noch 1/2 J mehr. Der schweizerische Getreidezoll beträgt 24 J. Wird nun der Getreidezoll auf 8 M erhöht, so hat der deutsche Arbeiter jedes Pfund Brod um 4 bis 5 J theurer zu bezahlen, wie der schweizerische Konsument.

Die deutschen Arbeiter sollen bluten und hungern, damit die unfähigen Junker ein herrliches Leben führen können; ihnen soll der Staat ein hohes Einkommen verschaffen und garantieren, den Arbeitern aber wollen

Vorsicht beim Reinigen von Dampfkesseln.

Ein betrübender Unfall gibt der Monatschrift für Gesundheitspflege Veranlassung, vor der Verwendung von „Anticorrosivum“ für den Anstrich der inneren Wände von Dampfkesseln zu warnen und die größte Vorsicht zu empfehlen. Da die weiß vollständig wertlosen aber ungeheuer theuren Geheimmittel zur Verhütung der Bildung von Kesselschäden seitens vieler Fabrikanten mit großer Heftigkeit in den Handel gebracht werden, hat man sich theilweise mit dem Gedanken vertraut gemacht, irgend ein „Anticorrosivum“ müsse unbedingt im Kesselhause zur jederzeitigen Verwendung vorhanden sein. Der erwähnte Bericht stellt Folgendes fest:

Das von der Firma „Frischauer & Co.“ in Wien in den Handel gebrachte Anticorrosivum, eine theerige Masse, welche als eisenkorrosivendes Anstrichmittel für die inneren Kesselwände mehrseitig empfohlen wird und in mehreren Ländern patentiert ist, wurde auch seit einiger Zeit bei größeren Kesseln einzelner erzherzoglicher Höfen und Bergbau in Oesterreich, und zwar bisher ansichtslos, verwendet.

In der Nacht vom 11. bis 12. Dezember d. J.

sie das Wahlrecht und das Koalitionsrecht rauben, damit sie sich auch nicht mehr selbst helfen können, wo ihnen der Staat seine Hilfe versagt.

Die Schlot- und Krautjunger betrachten das deutsche Reich als eine Aktiengesellschaft, von der sie jährlich eine große Summe als Gewinn, als Lohn für ihren Patriotismus fordern. Die Hölle muß darüber in ein teuflisches Gelächter ausbrechen, daß diese Elemente, diese Müßiggänger, Schlemmer, diese Egoisten, diese Herrsch- und Habüchtigen, jedes Ideals und jedes edleren Gedankens bare Elemente in Deutschland die „Stützen der Ordnung“ sein sollen. Was muß das für eine Ordnung sein!

Proletarier, Metallarbeiter, Kollegen aller deutschen Gauen, sammelt Euch, steht fest zusammen, wie ein Mann, geht am 16. Juni alle zur Urne — kein einziger bleibe zu Hause — und gebt Eure Stimme ab für die Sozialdemokratie, die ihr selbst seid, zerschmettert die Reaktion und macht die Bahn frei für den Fortschritt und für die Freiheit des deutschen Volkes, für die Wahrung Eurer Interessen und für den endlichen Triumph von Recht und Gerechtigkeit!

Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie.

(Schluß.)

Vom Ausland ist besonders Oesterreich zu beurtheilen. So ist z. B. während des ganzen Jahres 1897 in allen Marktberichten geradezu gemurmelt worden über die Geschäftslage, während nun die Statistik zeigt, daß sich die Eisenproduktion gegen 1896 um rund 150 000 Doppelzentner erhöhte und 3 405 000 Doppelzentner betrug. In diesen Zahlen ist aber die Schienenproduktion nicht inbegriffen, die ebenfalls eine erhebliche Erhöhung erfahren haben soll. In einem Fachberichte heißt es: „Alles in Allem kann die Lage der Eisenindustrie als zufriedenstellend betrachtet werden. Die Industrie ist, dank dem ausgiebigen Schutzzoll und der Kontingentierung der Produktion, weich gebettet und finden für ihre Erzeugnisse stets im Inlande lohnenden Absatz. Allerdings ist von einem lebhaften Aufschwung, von einem Erobern der fremden Märkte, von einer nennenswerthen Ausdehnung der Produktion keine Rede. Während die deutsche Eisenindustrie auf dem Weltmarkte dominiert und fremde Absatzgebiete siegreich erobert, bleibt die österreichische Produktion in ihrem alten Umfang und auf den inländischen Markt beschränkt. Dort findet sie ihr sicheres, behagliches Auskommen; das stürmende Leben, welches die deutsche Eisenindustrie bewegt und nach Epochen gewaltigen Aufschwunges auch wieder Perioden der Stagnation und des Niederganges bringt, wird man hier vergeblich suchen.“

In einem Ende des verfloffenen Jahres veröffentlichten Marktberichte wurde konstatiert, daß die Roh-eisenerzeugung, um die Preise hochzuhalten, hinter dem Bedarfe zurückgehalten wird, so daß die eisenverarbeitenden Industrien immer darüber klagen, namentlich auch über die hohen Preise, welche natürlich den großen Aktiengesellschaften der Eisenindustrie die festesten Gewinne abwerfen. Im Februar wurde eine neuerliche Preiserhöhung für Träger und Konstruktionsseisen durchgeführt. Ende des ersten Quartals war der Absatz in Bau- und Konstruktionsseisen recht gut, in Stabeisen geringer; in der Kleiseisen- und Werkzeugindustrie war ebenfalls vermehrte Beschäftigung, während die

zwei Kesselpücker in den Dampfkessel der erzherzoglichen Chamottefabrik zu Erzynitz, um den bereits vom Kesselfeind gereinigten Kessel im Innern mit einem Anstrich von Anticorrosivum zu versehen. Bis um 10 Uhr nahm der im Kesselhause anwesende Kesselfwärter, dem die Ueberwachung der Arbeiten übertragen war, nach Geräusch und die Bewegungen der Kesselpücker wahr, bis plötzlich um 10 Uhr alles im Kessel still wurde. Um nachzusehen, was vorliegt, steigt der Kesselfwärter ebenfalls in den Kessel — er bleibt launlos darin. Der mit im Kesselhause anwesende Nachtwächter schlägt Lärm, zwei Arbeiter kommen heranzulaufen, um den nahe am Raanloch liegenden Kesselfwärter heranzuziehen. Auch sie finden launlos in den Kessel hinein. Betriebsleiter, Werkmeister und Vorarbeiter werden herangezogen und ihren Bemühungen gelingt es, die beiden dicht am Raanloch liegenden Arbeiter heranzuziehen; sie vermögen aber nicht, den Kesselfeind und die beiden Kesselpücker zu erreichen. Zufällig stehen zwei mit Sauerstoff gefüllte und mit Gummischläuchen versehene Gummiballons zur Verfügung. Mittels dieser wird Sauerstoff durch das Speiserohr in den Kessel geblasen. Kurz darauf beginnt es sich im Kessel zu regen. Der Kesselfwärter und einer der Kesselpücker

Maschinenfabrikanten ihre alten Klagelieder ertönen lassen. Weitere Fortschritte machte die Einfuhr von amerikanischem Roheisen, die in den zwei ersten Monaten 161 828 (1897: 94 053) Doppelzentner betrug.

Bezeichnend für das Aufkommen und die Entwicklung der Industrie in allen Ländern ist der Umstand, daß Schweden im Jahre 1897 nur 73 300 Tonnen Roheisen exportierte bei einer Produktion von 533 800 Tonnen und als Hauptursache hierfür der vermehrte Verbrauch von schwedischem Eisen und Stahl in Schweden selbst angeführt wird, da viele neue Anlagen entstanden und andere noch im Bau begriffen sind. Viele schwedische Werke haben ihre diesjährige Produktion bereits bis zu 1/2 und 3/4 ausverkauft und nehmen nur noch Aufträge zu höheren Preisen an. Einen sehr förderlichen Einfluß auf die gegenwärtig gute Geschäftslage der schwedischen Eisenindustrie hatte auch die Beendigung des englischen Maschinenbauerstreiks, wodurch der englische Verbrauch schwedischer Materialien bedeutend gesteigert wurde.

Die russische Eisenproduktion betrug 1897 113,5 Millionen Pud (1 Pud gleich 16,38 Kilo), um 15 Millionen Pud mehr als 1896. Diese Zunahme ist im Vergleich mit der bezüglichen westeuropäischen Produktion keine sehr erhebliche, immerhin höher als in den Jahren 1888—93, wo sie sich auf 5,5 und 1894—96, wo sie sich auf 9 Millionen Pud belief. Die Steigerung der Produktion deckte gerade den Mehrbedarf. Der Import ausländischen Gußeisens nach Rußland ist gegen das Vorjahr um 1,5 Mill. Pud gefallen und beläuft sich nunmehr nur auf 4,8 Mill. Pud. Durch die Eröffnung dreier großer Eisenwerke in Jarizyn, Saratow und Kasan dürfte sich im laufenden Jahr der Bedarf um mindestens 15 Mill. Pud steigern. Dagegen ist die Einfuhr von ausländischem Eisen und Stahl nach Rußland im stetigen Wachsen begriffen. Es wurden importirt vom 30. Sept. 1896 bis 31 August 1897 — die in Klammern gesetzten Zahlen bedeuten das Mehr gegen das Vorjahr: Maschinen und Maschinenteile: 7,5 (2,3) Mill. Pud, Eisen- und Stahlbleche aller Art: 8,7 (1,0) Millionen Pud, Eisen und Stahl in Stangen, Stäben zc.: 8,7 (0,9) Mill. Pud, Schienen, stählerne: 733,000 (34 000) Pud.

Die Produktion von Roheisen in England betrug rund 9 Millionen Tonnen, 250 000 Tonnen mehr als 1896 und erreichte damit die höchste bisher erreichte Produktionsziffer. Die Eiseneinfuhr aus Amerika betrug 1896 100 000 Tonnen, 1897 aber 500 000 T. Die Haupteinfuhrartikel sind Roheisen und Stahlschienen. Die Vorräthe reduzierten sich im Laufe des verfloffenen Jahres auf 400 000 T. und betragen im Anfang dieses Jahres 800 000 T. Trotz dieser günstigen Gestaltung der Marktlage gingen die Preise für Roheisen doch von rund 49 M im Januar 1897 zurück auf 45 1/2 M beim Jahreschlusse. Von den verschiedenen Eisen- und Stahlfabrikanten gingen unter dem Drucke der ausländischen Konkurrenz die Preise zurück für Stahlschienen um 5 M per Tonne, für Barreisen um 5 M, für Eisenreifen um 2 1/2 M usw. Der vermehrten amerikanischen Einfuhr steht die verringerte englische Ausfuhr nach Amerika gegenüber, die von 25 000 T. monatlich auf 7000 T. im Durchschnitt zurückgegangen ist. Die allgemeine Ausfuhr Englands an Eisen und Stahlprodukten gestaltete sich im Vergleiche zum Jahre 1896 dem Werthe nach folgendermaßen:

kommen mühsam an's Mannloch gekrochen und können endlich herausgeholt werden. Der zweite Kesselpücker lag tief am Kesselfrande. Jeder Versuch, ohne Lebensgefahr zu ihm zu gelangen, war vergeblich. Mittlerweile wurde ein zweiter Sauerstoffballon mit längeren Schläuchen herbeigebracht und wurden letztere bis dicht zum Bewußtlosen geleitet. So gelang es schließlich, auch den Letzten der Verunglückten zum Bewußtsein zu bringen und ihn zu retten.

Von den fünf Verunglückten hatten die beiden Arbeiter, welche zuletzt in den Kessel gesehen hatten, keinen bleibenden Schaden erlitten und konnten direkt nach Hause gehen. Der Kesselfwärter und die beiden Kesselpücker dagegen mußten ins Spital gebracht werden. Am nächsten Tage konnten auch der Kesselfwärter und der eine Kesselpücker als gesund entlassen werden. Der zuletzt herausgeschaffte Kesselpücker dagegen litt an Lungenblutungen und mußte längere Zeit in ärztlicher Behandlung bleiben.

Nachträglich wurden von anderen Arbeitern Versuche gemacht, die im Kessel zurückgebliebenen Werkzeuge zc. heranzuziehen, doch immer ohne Erfolg, da der starke, betäubende Geruch selbst ein kurzes Verweilen im Kessel unmöglich machte. Das Hüttenamt ließ schließlich einen

	1897	1896
	Pfd. Sterl. *)	Pfd. Sterl.
Eisen und Stahl	21 603 000	20 766 000
Maschinen	16 282 000	17 014 000
Weißbleche	3 037 000	3 036 000
Kupfer	2 530 000	2 544 000
Fahrräder	1 431 000	1 856 000
Eisenbahnwaggons und Kippwagen	1 770 000	1 451 000

In Maschinen und Fahrrädern exportirte demnach England 1897, namentlich aber in letzteren erheblich weniger, als 1896, worauf wohl der halbjährige Maschinenbauerkampf großen Einfluß hatte. Der Wagenexport erfuhr dagegen eine nicht unbedeutende Steigerung.

Mitte Januar wurde vom englischen Eisenmarkt gemeldet: „Wenngleich die Maschinenindustrie unter dem Streik sehr gelitten und der Verbrauch von Rohmaterial und Fabrikaten eine Einschränkung erfahren hat, so bewahrte der Roheisenmarkt während der letzten Wochen eine feste Haltung, und er zeigt seit Beginn des Jahres eine entschieden aufstrebende Tendenz. Es ist nicht zu leugnen, und das wurde an dieser Stelle wiederholt scharf betont, daß die Lage der gesammten Eisen- und Stahlindustrie eine günstige und zuversichtliche ist; aus allen Bezirken lauten die Berichte hoffnungsvoll, an vielen so wie seit einer Reihe von Jahren nicht mehr.“ In der Fahrradbranche wurde eine weitere Ausdehnung verzeichnet und von den Messingwerken sowie elektrischen Installationsanlagen gemeldet, daß sie vollauf beschäftigt seien. Anfangs März wurde berichtet, daß die Maschinen- und Schiffsbauetablissemens so stark beschäftigt sind, wie es in gleichem Maße noch nie der Fall gewesen sein dürfte. Schiffe mit einem Tonnengehalt von zusammen 50 000 Tonnen sind in Glasgow bestellt, und weitere Aufträge sind zu erwarten. Zu den vier Kreuzern, welche für die englische Marine gebaut werden sollen und von denen zwei an der Clyde angefertigt werden dürften, werden 20 000 Tonnen Stahl gebraucht. Fabrikanten haben den Preis für Stahlplatten auf 5 Pf. 10 Sch. weniger 5 Proz. erhöht. Lokomotiven- und Wagonfabrikanten sind gleichfalls mit Aufträgen reichlich versehen. 25 Lokomotiven sind für die Midland Railway Co. und 18 für Indien bestellt. Weniger gut beschäftigt waren die Messerschmiede. Auf Fahrradbestandtheile laufen zahlreiche Aufträge ein, welche jedoch aus den während des Winters angehäuften Vorräthen erledigt werden können. Die gleiche Gestaltung zeigte der Markt auch Ende März und sie besteht noch gegenwärtig so, jedoch mit mehrfacher Besserung und steigenden Preisen.

Die amerikanische Eisenproduktion betrug im Jahre 1897 9 652 000 T. gegen 8 632 100 T. in 1896 und 9 446 300 T. in 1895. Von 1896 auf 1897 stieg demnach die Eisenproduktion um 1 020 000 T. Die Geschäftslage war im ersten Quartal recht befriedigend, trotzdem kam es aber zu keinen Preiserhöhungen für die Erzeugnisse der Eisenindustrie. Die Preise der meisten Eisenartikel waren Ende März die gleichen wie Anfangs Januar, für Gießereiroheisen Nr. 2 mit 10,75 bis 11,25 gegen 11,25 bis 11,50 Dollars, sogar noch um 1/2 bis 1/4 Doll. niedriger; nur die Preise für Kupfer stiegen von 10,90 auf 11,95 und für Zinn von 13,80 auf 14,30 Dollars, aber beide Metalle sind eben keine Eisenprodukte. Im Laufe des Sommers wird eine Aufwärtsbewegung der Preise erwartet, wozu wohl auch die Ringe ihr Theil beitragen.

*) 1 Pfd. Sterl. = 20 M.

Pneumatophor kommen. Mit diesem und einer elektrischen Grubenlampe ausgerüstet, gelang es endlich einem Steiger die beiden Hüte der Kesselpuffer, Farbentopf, Pinsel und Lampe herauszuholen. Der Kessel war nur zum kleinen Theil mit Anticorrosivum gestrichen, der Farbentopf war zum großen Theile, wahrscheinlich durch das Niedersinken der beiden Kesselpuffer, verschüttet. Von dem Vorfall wurde allen Betriebsämtern und Gewerbeinspektionen Oesterreichs Kenntniß gegeben. Die chemische Untersuchung hat ergeben, daß das Präparat eine Mischung von Petroleumdestillaten und Steinkohlentheer zu sein scheint, von dessen Masse 32 Proz. zu den auch bei gewöhnlicher Temperatur stark verdampfenden Oelen gehören, deren Dünste im geschlossenen Raume betäubend wirken. Jedenfalls ist nach Glaser's Annalen vor dem Gebrauche dieses viel angepriesenen und in vielen Ländern patentirten Mittels insbesondere bei kleinen Kesseln oder solchen, bei denen es an Ventilation mangelt, zu warnen.

Man bedenke nun die verhängnißvollen Folgen dieses Unfalles, wenn er in einem Betriebe passiert wäre, in dem nicht zufällig Sauerstoffballons vorhanden gewesen wären!

Der Pneumatophor ist ein von Professor Gärtner

tragen werden. So haben sich bereits sämtliche Bessemer-Roheisen-Produzenten zu einem „Pool“ (Ring) vereinigt, welcher für diese Eisensorte den ganzen Markt in den Vereinigten Staaten vollständig beherrschen dürfte. Nur eine große Firma, die Cleveland Rolling Cie., steht der Vereinigung noch fern. Die Preise sollen alsbald um 50 Proz. per Tonne erhöht werden. Weiter haben die Brückenbauer aus allen Theilen des Landes in Cleveland einen Trust organisiert, desgleichen die 15 größten Gesellschaften der Drahtstiftindustrie, welche zusammen 20 000 Arbeiter beschäftigen und etwa 1 Million Tonnen pro Jahr produzieren; die Fabrikanten von Holzbearbeitungsmaschinen vereinigten sich mit einem Grundkapital von 4 Millionen Dollars.

Zieht man aus der Gesamtdarstellung der Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie in Deutschland, Oesterreich, Schweden, Rußland, England und den Vereinigten Staaten einen Schluß, so geht er dahin, daß in den beiden letzteren Ländern eine Aufwärtsbewegung der wirtschaftlichen Prosperität besteht, in Deutschland, Schweden und Rußland dagegen ein gewisser Beharrungszustand waltet, aber unter dem Gipfel eines wirtschaftlichen Aufschwunges und in Oesterreich mit Ausnahme der gut kartellirten Eisenindustrie eine förmliche geschäftliche Versumpfung Platz gegriffen hat. Die Nutzenwendung für die deutschen Metallarbeiter besteht darin, das Verhältniß zum Kapital vorsichtig zu behaupten.

Die gewerbliche Betriebszählung 1895 und die Metallindustrien.

I.

u. Nach fast dreijähriger Frist sind vor Kurzem die Hauptergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895 veröffentlicht worden, nachdem die Resultate der Berufs- und Arbeitslosen-zählung bereits seit 1 1/2 Jahren und die der landwirtschaftlichen Betriebszählung seit dem Vorjahre bekannt sind. Da diese Ergebnisse Aufschluß geben über die Zahlen und Bewegung der Betriebe, der Unternehmer und Hilfskräfte, über die Größenverhältnisse der Betriebe, über die motorischen Hilfskräfte und über viele andere wichtige gewerbliche Fragen, so ist ein näheres Eingehen auf dieselben umso mehr geboten, als auch die Arbeiterklasse der klaren Erkenntniß der Wirtschaftsverhältnisse bedarf, um mit der Fortentwicklung in enger Fühlung zu bleiben und ihre Organisationen, Taktik und Agitation dementsprechend zu gestalten. Namentlich die Gewerkschaften müssen sich das Studium dieser statistischen Ergebnisse angelegen sein lassen, da ihre Wirksamkeit sich hauptsächlich auf dem Boden beruflicher Kämpfe abspielt und alle beruflichen Veränderungen des Standes der Verhältnisse für sie von um so größerem Interesse sind. In nächstemem seien die wichtigsten Resultate der gewerblichen Betriebszählung mit besonderer Würdigung der Metall- und Maschinenindustrie in übersichtlicher Kürze wiedergegeben, womit freilich das umfangreiche Material kaum annähernd erschöpft ist. Kollegen, die befähigt und berufen sind, ihre Klassen- und Berufsgenossen über ihre wirtschaftliche Lage aufzuklären, seien daher auf das eigene Studium der Ergebnisse verwiesen, das bei richtigem Erfassen wohl der Mühen lohnt.

Was die Vergleichbarkeit der Betriebsstatistik mit anderen Zählungen, insbesondere mit der gewerblichen Berufszählung vom gleichen Datum, betrifft, so ist diese nur mit Vorbehalten und Um-

und Bergwerksdirektor Walcher konstruirter Rettungsapparat, der aus einer Sauerstoffflasche, einem Nasenklemmer, einem Lungenapparat und einem Athmungsbeutel besteht, 55 Centimeter lang und 45 Centim. breit ist und etwa 9 Pfund wiegt. Als Umhängetasche zusammengelegt, ist er nur 35 Centimeter lang, 25 Cent. breit und bei einer Stärke von 10 Cent. sehr leicht transportabel. Durch nur wenige Handgriffe wird er zum Gebrauch fertig gemacht und gestattet dann eine Athmungsdauer von mindestens einer Stunde in der Ruhe und einer halben Stunde in der Bewegung. Der Beutel ist aus gasdichtem Stoff hergestellt und innen mit einem Material ausgekleidet, das Flüssigkeiten auffaßt. Man athmet nun den Sauerstoff aus dem Beutel; bei der Ausathmung gelangen Kohlen-säure und der von der Lunge nicht absorbirte Sauerstoff — 96 Prozent — in den Beutel zurück; das Natriatron, welches nach dem Zertrümmern der Flasche die Wände des Beutels benetzt, absorbirt die Kohlen-säure und macht daher den Sauerstoff wieder athembar. Der Pneumatophor hält sich jahrelang funktionsfähig und läßt sich immer in wenigen Sekunden in Thätigkeit setzen und hat sich auch gelegentlich dieses Unfalles vorzüglich bewährt. —

rechnungen möglich. Die wichtigsten Unterschiede beider Zählungen machen sich in folgenden Punkten geltend: 1. Die Berufszählung ermittelte die Erwerbsthätigen nach ihrem Wohnort und eigener Berufsangabe, die Betriebszählung dagegen nach Arbeitsort und nach dem Beruf, bezw. Betrieb des Arbeitgebers, so daß z. B. Schlosser, Schmiede, Tischler etc., die in Druckereien, Brauereien, Textilbetrieben etc. arbeiteten, als graphische, Brauerei- oder Textilarbeiter gezählt sind. Gerade die Metallindustrie wird davon in hervorragendem Maße getroffen, da viele ihrer Angehörigen als Former, Schlosser, Klempner, Schmiede, Werkzeugmacher etc. in anderen Industrien, namentlich in der Maschinen-, Textil-, Nahrungsmittel- und graphischen Industrie beschäftigt sind; sie weist denn auch bei der Gewerbe-zählung ein Minus von 223,876 Erwerbsthätigen gegenüber der Berufszählung auf, während umgekehrt die Maschinenindustrie ein Plus von 196,761 Erwerbsthätigen zu verzeichnen hat. In beiden Differenzen kommen fast nur Arbeiter in Betracht. 2. Die Betriebszählung ließ diejenigen Arbeitslosen, die nicht bloß vorübergehend oder wegen Krankheit aussetzten, unberücksichtigt, was ebenfalls niedrigere Zahlen zur Folge hat. Bei der Metallindustrie wurden am 14. Juni 1895 12,719, bei der Maschinen-Industrie 4627 gesunde Arbeitslose ermittelt. 3. Die Gewerbe-zählung erhob nicht überall die wirkliche Zahl der am Zähl-tage Beschäftigten, sondern ließ für Saison- und Kampagnebetriebe Angaben in Höhe der Durchschnittszahlen der Betriebszeit zu, wodurch sich für solche Berufe (z. B. Brauerei, Zuckerindustrie) höhere Zahlen ergaben. 4. Die Gewerbe-zählung ließ die nebenerwerbthätigen Personen außer Frage und zählte nur solche Nebenerwerbthätige, die keinen Hauptberuf ausübten, zu den Hauptberuflichen. Ein Vergleich der Gewerbestatistik mit den Zählungen der Gewerbeinspektion und der Berufsgenossenschaften wird dadurch erschwert, daß sich die letzteren nur auf Fabriken, bezw. auf Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern oder mit motorischen Kräften erstrecken.

In beruflicher Hinsicht umfaßte die Gewerbe-zählung die 2 landwirtschaftlichen Gruppen: Gärtnerei, Thierzucht-Fischerei, die 15 Gruppen der Industrie einschl. des Bergbaues und Baugewerbes, sowie die 4 Gruppen des Handels und Verkehrs, auschl. der staatlichen Post-, Telegraphie-, Telephon- und Eisenbahnbetriebe, sowie der sonstigen staatlichen, kommunalen oder öffentlichen Betriebe, die nicht Erwerbszwecken dienen. Während im Allgemeinen auf jeden Betrieb ein Gewerbebogen entfiel, mußten jedoch kombinierte Betriebe, die verschiedenen Branchen angehören, ebenjoviele Gewerbebogen ausfüllen, als sie Branchen zählten; ihre einzelnen Arbeitszweige wurden also zu selbständigen Betrieben erhoben, ebenso Filialen. Daß dadurch das Bild der kapitalistischen Konzentration stark verwischt wurde, ist leicht zu begreifen, denn diese Erhebungsmethode bedeutet nichts Anderes, als eine Wiederauflösung der kombinierten Großbetriebe, die gewissermaßen einen Typus der modernen Betriebsentwicklung darstellen. In dieser Hinsicht sind also die Betriebs-zahlen als Maximal-, die Arbeiterzahlen als Minimal-zahlen zu erachten.

Am 14. Juni 1895 wurden im deutschen Reich 3,658,077 (3,609,801*) Gewerbebetriebe, davon

*) In Parenthese die entsprechenden Ergebnisse der Zählung vom 5. Juni 1882.

Auf einen anderen Unfall möchte ich bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit der beteiligten Arbeiter lenken. Nur zu häufig kommt es vor, daß die mit den Kesseltreinigungsarbeiten beauftragten Arbeiter kalte Getränke zur Abkühlung zu sich nehmen. So beschwerlich, so anstrengend, so ermattend und erschöpfend auch die Reinigungsarbeit des Dampfkessels namentlich im Sommer, wenn vielleicht noch an beiden Seiten in Betrieb befindliche Kessel Hitze ausstrahlen, ist, nie darf der Arbeiter seine Gesundheit dadurch ruiniren, daß er — wie ich selbst Fälle erlebt habe — auf Eis gekühltes (!) Bier trinkt! In einem Falle war die Folge wochenlange Krankheit und dauerndes Siechtum. Der erhaltene Kesseltreiniger thut gut, Kaffee zu trinken, der — nicht gekühlt! — im Kesselhause aufbewahrt wird, also die Temperatur des Kesselhauses hat und eine Erfrischung gewährt, die nicht durch schwere Krankheiten erkauft wird!

P. M. Grampe.

3,144,977 = 86,0 Proz. Haupt- und 513,100 = 14 Proz. Nebenbetriebe gezählt. Die Zunahme der Betriebe beträgt seit 1882: 1,3 Proz., der Hauptbetriebe 4,6 Proz., während die Nebenbetriebe um 15,1 Proz. zurückgingen. Daß die Betriebe überhaupt mit einer Zunahme auftreten, mag Vielen fremdlich erscheinen; bei diesem Ergebnis mag nicht allein die vorhin erwähnte Erhebungsmethode bezügl. der Filialen und kombinierten Betriebe, sondern auch die Einschätzung der Hausindustriellen als Selbstständige mitg. wirkt haben. Die Zahl der Gewerbsthätigen betrug 10,289,269 (7,340,789), davon 7,929,944 männlichen und 2,399,325 weiblichen Geschlechts, wobei die männlichen um 36 Proz., die weiblichen um 55 Proz. zunahmen. Von den Betrieben waren 2,172,197 = 54,5 Proz. (2,423,049 = 67,1 Proz.) Kleinbetriebe ohne Hilfspersonal und Motoren, die aber nur 1,714,351 = 16,7 Proz. (1,877,872 = 25,6 Proz.) der Erwerbsthätigen umfaßten und in der Betriebszahl um 10,4 Proz., in der Personenzahl um 8,7 Proz. abgenommen haben. Dagegen ist die Zahl der Gehilfen- und Motorenbetriebe um 25,2 Proz., von 1,186,752 auf 1,485,880, und die ihrer erwerbsthätigen Personen sogar um 56,6 Proz., von 5,462,917 auf 8,554,918 gestiegen. Die Zwergebetriebe sind also in lebhaftem Rückgange begriffen und nur die größeren Betriebe erweisen sich als lebenskräftig. Dieser Rückgang hält auch an, wenn wir den Kleinbetrieben die motorischen Kleinbetriebe hinzurechnen, denn dann bleibt deren Abnahme noch immer 7,6 Proz., während den reinen Gehilfenbetrieben eine Zunahme von 22,3 Proz. verbleibt.

Auf die 3 Gewerbeabteilungen entfällt folgende Verteilung der Betriebe und Personen: A. Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei: 42,321 Hauptbetriebe mit 103,128 Pers. = 1,5 Proz. der Betriebe und 2,4 Proz. der Pers. (Zunahme der Betriebe um 32,7 Proz., der Pers. um 53,0 Proz.); B. Industrie, Bergbau, Bauwesen: 2,146,972 Hauptbetriebe mit 8,000,503 Pers. = 66,4 Proz. der Betriebe und 77,9 Proz. der Pers. (Abnahme der Betriebe um 5,4 Proz., Zunahme der Pers. um 34,8 Proz.); C. Handel, Verkehr und Gastwirtschaft: 955,864 Hauptbetriebe mit 2,165,638 Pers. = 32,9 Proz. der Betriebe und 21 Proz. der Pers. (Zunahme der Betriebe um 35,9 Proz., der Pers. um 61,8 Proz.). Die Industrie umfaßt somit 2/3 aller Betriebe und nahezu 4/5 aller Erwerbsthätigen; der Anteil des Handels wäre freilich größer, wenn die staatlichen Verkehrsanstalten einbezogen worden wären. Der absolute Rückgang der Industriebetriebe betrifft nur Kleinbetriebe; er bewirkt auch ein Sinken des Industrieanteils an den Betrieben von 70,9 Proz. auf 66,4 Proz. Aber auch die Personenzahl der Industrie hat sich nicht so rasch, wie die der anderen Abteilungen vermehrt, daher ein relativer Rückgang derselben von 80,8 Proz. auf 77,9 Proz. aller Personen, eine Erscheinung, die auf die Wirkungen der fortschreitenden Maschinenteknik, die in der Industrie die Personalvermehrung zum Teil erübrigt, zurückzuführen ist. Der steigende Anteil des Handels ist die Folge seiner wachsenden Bedeutung und nicht zum Wenigsten auch dadurch erklärlich, daß viele der von den Maschinen Ausgemerzten in ihm ihr Fortkommen suchen (Klein- und Haushandel, Versicherung, Gastwirtschaft). Von den 21 Hinsichtlich der Betriebszahl: Bekleidungsindustrie 27 Proz., Handelsgewerbe 20,2 Proz., Nahrungsmittelindustrie 8,6 Proz., Gastwirtschaft 7,5 Proz. der Gesamtzahl, — hinsichtlich der Personen dagegen: Bekleidungsindustrie 13,5 Proz., Handelsgewerbe 13 Proz., Baugewerbe 10,2 Proz., Nahrungsmittelindustrie 10 Proz. und Textilindustrie 9,7 Proz. aller Personen. Ähnlich ist die Reihenfolge der Kleinbetriebe und Gehilfenbetriebe. In der Metallverarbeitung wurden 174,240 Betriebe (davon 158,618 Hauptbetriebe) mit 639,755 Pers. (1882: 177,347 Betriebe mit 459,713 Pers.), in der Maschinenindustrie 102,558 (87,879 Hauptbetriebe) Betriebe mit 582,672 Pers. (1882: 94,807 Betriebe mit 356,089 Pers.) gezählt. Die Zahl der Kleinbetriebe betrug in ersterer Industriebranche 57,537 (67,232), in letzterer 45,077 (44,948), die der Gehilfenbetriebe in der Metallindustrie 101,081 (97,003), in der Maschinenindustrie 42,802 (37,926) mit 582,218 (Metallind.), bezw. 537,595 (Masch.-Ind.) Personen. In der Metallverarbeitung sind die Betriebe um 3107 = 1,8 Proz., die Kleinbetriebe um 9695 = 14 Proz. zurückgegangen, während die Gehilfenbetriebe um 40,078 = 41,3 Proz. und die erwerbsthätigen Personen um 180,042 = 39,1 Proz. zunahmen. In der Maschinenindustrie dagegen nahmen die Betriebe

um 7851 = 8,3 Proz., die Erwerbsthätigen um 226,583 = 63,6 Proz., die Gehilfenbetriebe um 4876 = 12,8 Proz. und sogar auch die Kleinbetriebe um 129 = 0,3 Proz. zu.

Die größte durchschnittliche Personenzahl pro Betrieb weist der Bergbau mit 134,0 Pers. auf, dann folgen die Industrien der Steine und Erden mit 11,6 Pers., Chemische Ind. mit 11,1 Pers., Leuchtstoff-, Polygraphische und Papier-Industrien mit 9,4 bezw. 9 und 8,7 Pers., während die geringsten Personenzahlen in den typischen Kleingewerben: Tierzucht, Fischerei und Bekleidungsind. je 1,6 Pers., Handel und künstlerische Gewerbe mit je 2,1 Pers. und Gastwirtschaft mit 2,5 Pers. pro Betrieb zu finden sind. Die Metall- und Maschinenindustrie stehen mit 4,0 bezw. 5,7 Pers. in der Mitte.

Weit interessanter wird die Verteilung der Betriebe und Personen, wenn wir die Größenklassen der Betriebe in Betracht ziehen, deren die Betriebszählung 11 unterschied. Für unsere Darstellung mögen folgende 7 Klassen in 3 Gruppen genügen: I. Kleinbetriebe: 1. Kleinbetriebe, 2. Betriebe mit 1—5 Pers.; II. Mittelbetriebe: 3. Betriebe mit 6—10 Pers., 4. solche mit 11—50 Pers.; III. Großbetriebe: 5. Betriebe mit 51—200 Pers., 6. solche mit 201—1000 Pers. und 7. solche mit über 1000 Personen. Nach diesen Größenklassen verteilen sich die Betriebe und Personen absolut und prozentual (zugleich im Vergleich zu 1882) wie folgt:

Größenklasse:	Betriebe:		Personen:	
	1895	1882	1895	1882
Kleinbetriebe	1714351	1877872	1714351	1877872
Betriebe mit 1—5 Pers.	1920723	1004800	1920723	1004800
Betriebe mit 6—10 Pers.	118547	88708	118547	88708
Betriebe mit 11—50 Pers.	77752	40952	77752	40952
Betriebe mit 51—200 Pers.	101200	112716	101200	112716
Betriebe mit 201—1000 Pers.	10247	8096	10247	8096
Betriebe mit über 1000 Pers.	8070	1752	8070	1752
Zusammen Großbetriebe	203	127	203	127
Zusammen Kleinbetriebe	18065	9074	18065	9074
Zusammen Mittelbetriebe	1314477	1001000	1314477	1001000
Zusammen Großbetriebe	1000000	1000000	1000000	1000000

Hiernach umfassen die Kleinbetriebe zwar 93,3 Proz. aller Betriebe, aber nur 46,5 Proz. der Erwerbsthätigen, während die 6,1 Proz. Mittelbetriebe 23,9 Proz. der Personen und die 0,6 Proz. Großbetriebe gar 29,6 Proz. der Personen stellen. Die Mittel- und Großbetriebe sind also die hauptsächlichsten Träger der Produktion, auch wenn wir ihre motorische Ueberlegenheit außer Betracht lassen. Abgenommen haben jedoch nur die Kleinbetriebe, denn selbst die kleinsten Gehilfenbetriebe mit nur einer Hilfsperson weisen einen Zuwachs auf. Die prozentuale Zunahme steigt jedoch mit der Betriebsgröße; sie beträgt bei den Kleinbetrieben (1—5 Pers.) 21,5 Proz., bei den größten Betrieben aber 100,8 Proz.; ähnlich steigen die Personenzahlen.

Die Groß- und Mittelbetriebe nehmen in der Industrie, die Kleinbetriebe im Handel den weitesten Raum ein. Von den Personen der Industrie entfallen auf die Großbetriebe 2,907,405 = 36,5 Proz., auf die Mittelbetriebe 1,901,973 = 23,8 Proz. und auf die Kleinbetriebe trotz ihrer 92,6 Proz. der Betriebszahl nur 3,191,125 = 39,9 Proz. Unter den einzelnen Gewerbegruppen haben die meisten Großbetriebe: der Bergbau 29,1 Proz. der Betriebe und 95,8 Proz. der Pers., Ind. der Steine und Erden: 4 Proz. der Betriebe und 44,7 Proz. der Pers., Chemische Ind. 3,6 Proz. der Betriebe und 61,7 Proz. der Pers., und Leuchtstoff-Ind. mit 4 Proz. der Betriebe und 50,8 Proz. der Pers., während das geringste Verhältnis der Großbetriebe in den typischen Kleingewerben: Gastwirtschaft, Handel, Bekleidungsindustrie und in den künstlerischen Gewerben zu finden ist. In der Metallindustrie überwiegt der Kleinbetrieb, in der Maschinenindustrie der Mittel- und Großbetrieb, wie die nachfolgende Uebersicht zeigt.

Kleinbetriebe	Metallverarbeitung: Masch.-Ind.		Betr. Pers.	
	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.
1—5 Pers.	57537	57537	45077	45077
6—10 "	87472	227725	34276	83841
11—50 "	7341	53394	3090	23311
51—200 P.	4847	104110	3808	86753
201—1000 P.	1210	111773	1217	115614
über 1000 P.	203	72355	369	146849
	8	128611	42	81227

In der Metallbearbeitung umfassen die Kleinbetriebe 91,4 Proz. der Betriebe, aber nur 44,6 Proz. der Personen, die Mittelbetriebe 7,7 Proz. der Betriebe und 24,6 Proz. der Pers., die Großbetriebe 0,9 Proz. der Betriebe, aber 30,8 Proz. der Personen. In der Maschinenindustrie kommen nur 90,3 Proz. der Betriebe und 22,1 Proz. der Personen auf Kleinbetriebe, während hier die Mittelbetriebe 7,8 Proz. der Betriebe und 18,9 Proz. der Personen, die Großbetriebe aber gar 1,9 Proz. der Betriebe und 59 Proz. der Personen umfassen. Gegen 1882 haben in der Metallverarbeitung die Kleinbetriebe absolut und relativ abgenommen und zwar auch die kleinen Gehilfenbetriebe; die übrigen Größenklassen haben, prozentual aufsteigend, zugenommen; in der Maschinenindustrie ist bei keiner Kategorie ein absoluter Rückgang eingetreten, doch haben die Kleinbetriebe so wenig zugenommen, daß sie von den übrigen Betriebsgrößen relativ zurückgedrängt wurden. Im Allgemeinen hat der Mittelbetrieb seinen vorigen Stand behalten und der Großbetrieb sich auf Kosten der Kleinbetriebe erweitert. In der Maschinenindustrie hat sich auch der Riesenbetrieb weit mehr Eingang verschafft, als in der Metallbearbeitung.

Der Ausbau der Arbeiterversicherung in Oesterreich.

Die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Parlaments hat folgenden Antrag für den Ausbau der Arbeiterversicherung eingebracht:

Das hohe Haus wolle beschließen, es werde aus dem ganzen Hause ein 36gliedriger Ausschuß für Arbeiterversicherung gewählt, der beauftragt wird, sofort Gesetzentwürfe betreffend die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung sowie die Reform der Kranken- und Unfallversicherung auszuarbeiten. Diese Gesetzentwürfe haben auf jenen Grundsätzen zu beruhen, die der vom 28. bis 30. Juni 1896 in Wien abgehaltene erste österreichische Krankentag in seinen Resolutionen zum Ausdruck gebracht hat. Insbesondere ist auf nachstehende Forderungen des Krankentages Rücksicht zu nehmen:

1. Die Vorbedingung einer exakten Durchführung der Arbeiterversicherung ist eine einheitliche Organisation; die Vorbedingung dafür, daß mit dem geringsten Aufwand an Mitteln die höchsten Leistungen erzielt werden, ist eine einfache Organisation. Aus diesem Grunde ist erforderlich: die Beseitigung der Betriebskrankenkassen, einschließlich der Bruderladen (bei Privat- und Staatsbetrieben, Eisenbahnen, Bauunternehmungen), ebenso die Aufhebung der Lehrlingskrankenkassen und die Zuteilung der Mitglieder dieser Krankenkassen an die anderen vorhandenen Kassen.

Die Krankenkassen sind lokal und provinziell als Verbände zu organisieren. Den Krankenkassen obliegt die Versicherung für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit, den provinziellen Verbänden die Versicherung für dauernde Erwerbsunfähigkeit (Invalidität und Alter) sowie die Versorgung der Wittwen und Waisen. Die lokalen Verbände haben den Zusammenhang zwischen den Kassen eines Ortes herzustellen und die Leistung der ärztlichen Hilfe und Medikamente sowie der Krankenbesuchspflege zu ermöglichen. Sämtliche Kassen vereinigen sich zu einem Reichsverband zum Zwecke der Wahrung und Vertretung gemeinsamer Interessen, zum Zwecke der Rückversicherung und Erleichterung der Freizügigkeit der Kassenmitglieder. Die Unfallversicherung ist als besondere Einrichtung zu beseitigen und von den Krankenkassen sowie ihren Verbänden zu übernehmen.

Die Kassen sowie die Verbände sind den Arbeitern zur Selbstverwaltung unter strenger behördlicher Aufsicht zu überlassen und ist die Durchführung der Selbstverwaltung gesetzlich zu schützen.

2. Als versicherungspflichtig sind zu erklären: Alle im Lohn- oder Gehaltsbezüge stehenden Personen, ferner die Kleingewerbetreibenden, die nur mit Lehrlingen oder mit einem bis zwei Gehilfen arbeiten ebenso die selbständigen Landwirthe, die nur mit ihren Angehörigen die Landwirtschaft führen, endlich die Hausindustriellen.

3. Als Grundsatz hat für die Leistungen der Kassen und Verbände zu gelten, daß sie berufen sind, den wirtschaftlichen Ruin des Versicherten und seiner

Familie zu verhindern, bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit die rascheste Herstellung der Gesundheit zu bewirken und bei dauernder Invalidität eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen. Von diesen Gesichtspunkten aus muß ein Krankengeld von mindestens 100 Prozent des Taglohnes gefordert werden. Die Unterstützung ist von den Krankenkassen bis zur Dauer eines Jahres zu gewähren; nach Ablauf dieser Zeit treten die Verbände an die Stelle der Krankenkassen.

Die Beerdigungskostenversicherung ist zu einer Versicherung der Hinterbliebenen auszugestalten, jedoch nur als vorläufige Maßregel bis zur Einführung der Wittwen- und Waisenversorgung.

Der ärztliche Dienst ist thunlichst gemeinschaftlich mit den öffentlichen Korporationen (Gemeinden, Bezirken und Ländern) zu organisieren, das Apothekenwesen ist zu verstaatlichen, vorläufig aber ein gesetzlicher Prozentsatz für die Krankenkassen zu bestimmen.

Die Verpflegung und Behandlung in den öffentlichen Heil- und Gebäranstalten hat unentgeltlich zu erfolgen und ist den Verbänden der Krankenkassen an der Verwaltung dieser Anstalten ein angemessener Einfluß einzuräumen.

Die Angehörigenversicherung (ärztliche Hilfe, Medikamente, therapeutische Behelfe etc.) ist gesetzlich zu ermöglichen.

4. Die Kosten zur Kranken-, Invaliden-, Alters-, Wittwen- und Waisenversicherung sind durch Zuschläge zur Personaleinkommensteuer oder zu je einem Drittel vom Staate, den Arbeitern und Unternehmern aufzubringen.

5. Da sich die behördlichen Organe zur Durchführung der Arbeiterversicherung als ungeeignet erwiesen haben, so ist eine gründliche Reorganisation auf diesem Gebiete erforderlich. Es muß deshalb die Errichtung eines aus Arbeitern, Unternehmern und Verwaltungsorganen gebildeten Reichsversicherungsamtes gefordert werden, dem die heute dem Ministerium des Innern, dem Eisenbahnministerium, dem Finanzministerium, dem Handelsministerium, dem Landwirtschaftsministerium sowie dem Reichskriegsministerium obliegenden, auf die Durchführung der Arbeiterversicherung Bezug habenden Agenden zugewiesen werden sollen.

Dem Reichsversicherungsamt soll die Regelung aller organisatorischen, administrativen und versicherungstechnischen Fragen sowie die Ermöglichung einer einheitlichen Subditur obliegen.

In den unteren Instanzen sind die Verwaltungsbehörden durch Organe, die genügende Kenntnisse auf dem Gebiete des Versicherungswesens besitzen, zu verstärken.

Außerdem wird beantragt, daß hohe Haus wolle beschließen: Die Regierung wird aufgefordert, dem zu wählenden Ausschuß für Arbeiterversicherung mit aller Beschleunigung das erforderliche statistische und versicherungstechnische Material zur Verfügung zu stellen.

Hirsch-Dunkeriana.

Schwindel, nichts als Schwindel — das scheint die Parole des „Gewerkverein“ zu sein, und zwar so plumper und dreister Schwindel, daß ehrlichen Menschen eine Gänsehaut überläuft. In seiner Nr. 21 regt sich das Blatt über die in der sozialdemokratischen Presse aufgestellte Behauptung auf, daß die Fabrikbesitzer Menckel & Co. in Torgelow ehemalige Gewerkvereiner gewesen seien und trotzdem zu der Handlungsweise des Vertragsbruchs und der Aussperrung wegen Zugehörigkeit zur Organisation gegen ihre Arbeiter gegriffen haben.

Der „Gewerkverein“ meint dann, daß unter den Torgelower Fabrikanten, die nur mit einer Ausnahme frühere Arbeiter gewesen seien, vielleicht ehemalige Gewerkvereiner seien, aber gewiß seien auch ehemalige Sozialdemokraten darunter.

Lassen wir diesen letzten Passus einmal ruhig stehen, und fragen nicht, was früher war, sondern was heute ist, denn Ueberläufer hat jede Partei. Aber auf die Haltung der Partei, hier also der beiden Organisationen, zu den Ueberläufern, zu denjenigen, die wie Menckel & Co. und andere Fabrikanten so verurteilenswerth gehandelt haben, auf die Haltung solchen Leuten gegenüber kommt es an.

Wie steht es damit? In Torgelow sind noch heute die Fabrikanten mit wenigen Ausnahmen Mitglieder des Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereins der Metallarbeiter und Maschinenbauer!

Dieselben Fabrikanten, welche die allbekanntesten Dinge in Torgelow provoziert haben, als Mitglieder einer Arbeiterorganisation — in der That ein Faktum, das nur bei den Hirsch-Dunker'schen möglich

ist. Nun können dort Arbeiter und Fabrikanten Arm in Arm „kämpfen“ zur „Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse!“ —

Das Organ eines Verbandes aber, in welchem so etwas möglich ist, entrüstet sich, wenn man behauptet, daß die jetzigen Arbeitgeber früher Hirsch-Dunker'sche waren, es nennt das eine Niedertracht, spricht von Lügen, die die Sozialdemokratie über die lieben, guten Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine verbreitet!

Natürlich wird der „Gewerkverein“ nun auch hier versuchen, sich auszureden — aber das dürfte denn doch schwer sein, denn eine ganze Anzahl von Mitgliedern des Gewerkvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter von Torgelow haben bei der dortigen Verwaltung des Metallarbeiterverbandes sich angemeldet, weil sie einsehen, daß ein Verein, in dem diese Fabrikanten selbst Mitglieder sind, denn doch keinen Zweck für sie hat. Der „Gewerkverein“ theilt seinen Lesern diese Thatsachen natürlich nicht mit, sondern schimpft tapfer, ohne Beweise, auf die Sozialdemokraten. Denn daß jetzige Arbeitgeber in Torgelow früher Sozialdemokraten waren, das kann der „Gewerkverein“ doch nur vermuten, ob es wirklich wahr ist, das wissen wir jetzt ebensowenig wie der „Gewerkverein“. Wir wiederholen: Es kommt auch darauf weniger an, als auf die Thatsache, daß die Torgelower Fabrikanten aus dem Gewerkverein bis heute noch nicht ausgeschlossen sind, im Gegentheil in der letzten Zeit noch einige aufgenommen worden sein sollen. Schwindel — Nichts als Schwindel! Wie lange werden deutsche Arbeiter sich solche Dinge noch bieten lassen?!

Einwirkung des neuen Innungsgesetzes auf den gewerblichen Arbeitsvertrag.

Mit dem 1. April sind die §§ 81—102, 104—104a, 126—128 der sogenannten Innungsnovelle in Kraft getreten. Durch diese Novelle ist auch eine Aenderung im dem Klageverfahren vor Innungsschiedsgerichten und im Lehrlingsverhältnis eingetreten. Nachstehend geben wir eine Uebersicht über diese Aenderungen. Die Entscheidungen von Streitigkeiten, die sonst dem Gewerbegericht zugewiesen sind, liegen der Innung ob, soweit es sich um Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen aus dem Arbeitsverhältnis handelt. Ferner sind die Innungen befugt, Innungsschiedsgerichte zu errichten. Diese haben auch dann über die sonst den Gewerbegerichten zugewiesenen Streitigkeiten zu entscheiden, wenn der Rechtsstreit nicht Lehrlinge, sondern Innungsmitglieder und ihre Gehilfen betrifft. Durch diese den Gewerbegerichten feindliche Aenderung kann die Rechtsunsicherheit der Arbeiter befördert und die Thätigkeit der Gewerbegerichte erheblich beeinträchtigt werden.

Für die Zusammenfassung der Innungsschiedsgerichte finden folgende dem Gewerbegerichtsgesetz nachgebildete Bestimmungen Anwendung: Die Schiedsgerichte müssen mindestens aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern bestehen. Die Beisitzer und deren Stellvertreter sind zur Hälfte aus den Innungsmitgliedern, zur Hälfte aus den bei ihnen beschäftigten Gehilfen und Arbeitern zu entnehmen. Die Innungsmitglieder sind von der Innungsversammlung, die Arbeiterbeisitzer unter Beobachtung der entsprechenden Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes (§§ 10, 13 Abs. 1, § 14 Abs. 1) von den Arbeitern zu wählen. Der Vorsitzende wird von der Aufsichtsbehörde bestimmt: er kann der Innung angehören. Die Beisitzer erhalten für jede Sitzung, welcher sie beigewohnt haben, Vergütung der baaren Auslagen und eine Entschädigung für Zeitverschwendung. Die Höhe dieser Entschädigung und der Betrag der dem Vorsitzenden zu gewährenden Vergütung werden im Nebenstatut festgesetzt. Wenn die Wahlen nicht zu Stande kommen oder wenn die gewählten Beisitzer ihre Arbeit verweigern, so ernannt die Aufsichtsbehörde Beisitzer aus der Zahl der Innungsmitglieder und -Gehilfen.

Das Verfahren vor den Innungsschiedsgerichten, das bislang völlig willkürlich und außerordentlich schleppend war, ist in Folge sozialdemokratischer Anträge in etwas gesetzlich geregelt. Die Auberäumung des ersten Termins soll fortan innerhalb acht Tage nach Eingang der Klage erfolgen und die Entscheidung nach Möglichkeit beschleunigt werden. Wird die achttägige Frist nicht eingehalten, so gibt jetzt das Gesetz dem Kläger ein Mittel gegen Rechtsbummelerei. Er kann dann nämlich verlangen, daß statt des Innungsschiedsgerichts an den Orten, wo Gewerbegerichte bestehen, diese, und wo solche nicht bestehen, die ordentlichen Gerichte entscheiden. Dies Verlangen muß er nach Ablauf der acht Tage schriftlich dem darnach zuständigen Gewerbegericht oder ordentlichen Gericht und dem Innungsschiedsgericht mittheilen. Die Entscheidungen der Innungsschiedsgerichte und der Innungen konnten bislang nur innerhalb zehn Tage seit Verkündung angegriffen werden und wurden in Folge dessen häufig veräußert. Diese Frist ist durch die Eingriffe der sozialdemokratischen Abgeordneten auf einen Monat verlängert. Innerhalb dieses Monats ist die Klage bei dem ordentlichen Gericht zu erheben. Die Entscheidungen können für vorläufig vollstreckbar erklärt werden, wenn sie einen Gegenstand unter 100 M betreffen oder sich auf den Antritt oder die Fortsetzung eines Arbeitsverhältnisses beziehen. Die Vollstreckung erfolgt nach Maßgabe des Verwaltungs-Zwangsverfahrens durch die Polizei. Ein unmittelbarer Zwang (z. B. zur Fortsetzung der Arbeit) ist nur Lehrlingen gegenüber zulässig.

Die Bestimmungen, welche die Lehrlingsverhältnisse regeln, weichen nach mancherlei Richtungen hin vom bisherigen Recht ab.

Das Halten oder die Anleitung von Lehrlingen ist Personen, die sich nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, verboten. Zuwiderhandlungen sind mit Polizei-

zwang und Strafe bedroht. Ferner kann die Befugnis zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen folgenden Personen auf immer oder zeitweise entzogen werden:

1. solchen Personen, welche sich grober Pflichtverletzungen gegen die ihnen anvertrauten Lehrlinge schuldig gemacht haben;
2. solchen, gegen welche Thatsachen vorliegen, welche sie in sittlicher Beziehung zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen ungeeignet erscheinen lassen;
3. solchen Personen, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zur sachgemäßen Anleitung eines Lehrlings nicht geeignet sind. Die Entziehung erfolgt durch die Polizeibehörde. Gegen deren Anordnung ist das Verwaltungs-Streitverfahren zulässig.

Die Lehrlingszuchterei kann durch folgende neue Bestimmung (§ 128) eingebämmt werden:

„Wenn der Lehrherr eine im Mißverhältnis zu dem Umfange oder der Art seines Gewerbebetriebes stehende Zahl von Lehrlingen hält und dadurch die Ausbildung der Lehrlinge gefährdet erscheint, so kann dem Lehrherrn von der unteren Verwaltungsbehörde die Entlassung eines entsprechenden Theils der Lehrlinge auferlegt und die Annahme von Lehrlingen über eine bestimmte Zahl hinaus untersagt werden.“ Ferner „können durch Beschluß des Bundesrathes für einzelne Gewerbszweige Vorschriften über die höchste Zahl der Lehrlinge erlassen werden, welche in Betrieben dieser Gewerbszweige gehalten werden darf. Soweit solche Vorschriften nicht erlassen sind, können sie durch Anordnung der Landes-Zentralbehörde erlassen werden.“

Der Lehrlingsvertrag muß schriftlich sein und beiden Theilen ausgehändigt werden. Die Rechte und Pflichten während der Lehrzeit sind im Wesentlichen dieselben geblieben. Nur § 127a das maßlose Zuchtungsrecht des Lehrherrn dahin ein, daß „übermäßige und unverständige Zuchtungen, sowie jede die Gesundheit des Lehrlings gefährdende Behandlung“ ausdrücklich verboten ist. Die völlige Beseitigung der Prügelpädagogik wurde vom Reichstage nicht gutgeheißen.

§ 127d gibt dem Gericht das bisher beschnittene Recht, trotz polizeilichen Einschreitens dem Lehrling durch einstweilige Verfügung zu gestatten, der Lehre fern zu bleiben. Endlich ist noch hervorzuheben, daß die bis zum 1. April in unbeschränkter Höhe zulässig gewesene Konventionalstrafe für unberechtigtes Verlassen der Lehre eingeschränkt ist. Sie beträgt nunmehr für jeden auf den Vertragsbruch folgenden Tag der Lehrzeit, höchstens aber insgesamt für sechs Monate, die Hälfte des ortsblichen, für Gehilfen des betreffenden Gewerbes gezahlten Lohnes; niedrigeren Vereinbarungen, nicht aber höhere sind zulässig. So ist es dem Arbeiter unserer Genossen im Reichstage wenigstens auf dem Gebiete des Lehrlingswesens gelungen, einige Besserungen durchzuführen. „Vorwärts.“

Aus Oesterreich.

Wien, 3. Juni.

Die österreichische Arbeiterschaft benützte die Pfingstfeiertage zu ernster Arbeit. Es tagte der Kongreß der Steinarbeiter in Wien, der 3. Kongreß der Textilarbeiter in Reichenberg, der erste Verbandstag der Hutmacher in Prag und die Konferenz der böhmischen Schuhmacher. Alle diese Sachtage beschäftigten sich mit gewerkschaftlichen Fragen und haben deren Verhandlungen Beschlüsse gefaßt, deren Durchführung eine Stärkung der Organisation der in den diesbezüglichen Industrien beschäftigten Arbeitern zur Folge haben wird. Es tagte ferner in Linz der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Dieser Parteitag war auf Grundlage des neuen Organisationsstatutes, wonach die einzelnen nationalen Gruppen ihre eigenen Parteitage abzuhalten haben, einberufen. Der Parteitag war sehr stark besucht und beschäftigte sich eingehend unter Anderem mit dem Arbeiterschuß. Die Debatte über diesen Punkt, der uns allein interessiert, förderte sehr interessantes Material insbesondere über die Lage der Heimarbeiter. Es wurde beschlossen, eine Konferenz von sämtlichen in Betracht kommenden Branchen einzuberufen, bei der die Regelung der Heimarbeit und die Stellung dazu behufs Ausarbeitung von Gesetzentwürfen in Behandlung genommen wird. Die Kosten sollen von allen in Betracht kommenden Faktoren zu gleichen Theilen getragen werden. Es wurde ferner beschlossen, den sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhaus zu beauftragen, einen Antrag auf Errichtung eines Arbeitsministeriums zu stellen; in geeigneter Weise für die Beseitigung der Werkswohnungen und für eine strengere Bestrafung derjenigen Werksunternehmer zu sorgen, die die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Drucksystems übertreten und einen Gesetzentwurf einzubringen, in dem die Einführung des Achtstundentages für Hüttenarbeiter gefordert wird. Es wurden ferner der sozialdemokratischen Fraktion eine Reihe von zahlreichen Anträgen sozialpolitischer Inhalte überwiesen. —

Die Gemeinde der Reichshauptstadt Wien beabsichtigt ein städtisches Arbeitsvermittlungsammt zu errichten. Es ist dies der erste Versuch, daß eine Kommunalverwaltung in Oesterreich einen Arbeitsnachweis einrichten will. So sehr diese Absicht zu begrüßen wäre, haben die organisierten Arbeiter Wiens alle Ursache, dieser sozialpolitischen Maßregel skeptisch gegenüber zu stehen, da über die Thätigkeit dieses städtischen Arbeitsnachweises während der Lohnkämpfe und bei sonstigen Konflikten zwischen den Unternehmern und Arbeitern gar nichts Klares und Bestimmtes verlautet. Dieses Institut soll die Aufgabe haben statistische Ausweise über Arbeitsangebot und Nachfrage und über sonstige durch seine Thätigkeit erfassbare Verhältnisse des Wirtschaftslebens in Wien zu veröffentlichen. Was unter diesem letzteren Theil der Thätigkeit dieses Institutes subsumiert wird, ist vorläufig unklar. Die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften werden unzweifelhaft auch in Zukunft, trotz des städtischen Arbeitsnachweises, fortbestehen, weshalb ein besonderer Erfolg des geplanten Institutes nicht erwartet werden kann. Vielfach taucht die Meinung auf, daß diese städtische Arbeitsvermittlung gegründet wird, um den Unternehmern bei Streiks und sonstigen Differenzen Arbeiter zu verschaffen; eine Meinung, die durchaus nicht unbegründet ist, wenn man die Haltung der christlich-sozialen Gemeindeverwaltung den Arbeitern gegenüber in Betracht zieht.

Eine Reorganisation des ungarischen Gewerbeinspektorates soll zufolge Erlaß des ungarischen Handelsministers durchgeführt werden. Das Land wird in sieben Bezirke mit je einem selbständigen Inspektorat eingeteilt. Die Inspektoren werden künftig ständig in ihren Bezirken wohnen und vom November l. J. an in den ihnen vom Minister als Sitz zugewiesenen Städten ihre Kanzleien einrichten. Damit ist die nachträglich als vollkommen unpraktisch erkannte Zentralisierung der Fabrikinspektion, die im Jahre 1890 durchgeführt wurde, beendet. Der Erlaß verfügt ferner, daß alle im Sinne des Gesetzes der gewerbebehördlichen Kontrolle unterstehenden Fabriken und industriellen Anlagen im ganzen Lande noch in diesem Jahre zu überprüfen sind, aus welchem Grunde die Inspektoren gleichzeitig aller Arbeiter in der Zentrale entlassen werden. In dem Falle, als der Gewerbeinspektor nicht im Stande wäre, dieser Verpflichtung nachzukommen, ist er gehalten, dies bis zum 10. Juni anzuzeigen, damit ihm die nötige Anzahl von Hilfsorganen beigegeben werde. Angesichts der sehr bedeutenden räumlichen Ausdehnung, die mehrere der Bezirke haben, kann von einer gründlichen Inspektion der Betriebe auch dann nicht die Rede sein, wenn den Inspektoren Hilfsorgane beigegeben werden. Die Leitung der Gewerbeinspektion wird in den Händen eines Zentral-Gewerbeinspektors im Handelsministerium ruhen, der den Titel eines Oberinspektors führt. Die in Druck zu legenden Berichte sollen nach österreichischem Muster verfaßt sein. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß durch diese Maßnahmen der sozialdemokratischen Bewegung wirksam entgegen gewirkt und der Agitation der Boden entzogen wird. Daß diese vollständig ungenügenden Mittel diesen Zweck nicht erreichen, ergibt sich aus der ungemein traurigen Lage der ungarischen Proletarier; im Uebrigen sind die sozialdemokratischen Arbeiter gar nicht böse, wenn die Regierung sie mit sozialen Reformen bekämpft. Je wirksamer diese Reformen sein werden, desto freudiger werden sie von der klaffenbemühten Arbeiterklasse Ungarns begrüßt werden. Jedenfalls wäre diese Art des Kampfes für die Regierung weniger beschämend und kompromittierend als der, den sie bisher gegen die entrechteten und wirtschaftlich unterdrückten Volksklassen führt.

Die Lage der im I. L. Marinearsenal in Pola bediensteten Arbeiter ist eine äußerst ungunstige, sie ist derart schlecht, daß sich selbst die dieser Lage geschlossene Delegation mit derselben beschäftigen mußte. Der dalmatinische Abgeordnete Bartoli sprach die ungunstige Lage dieser Proletarier und beantragte eine Resolution, worin die Kriegsverwaltung eingeladen wird, im Vorausschlage der Kriegsmarine für das Jahr 1900 einen Betrag zur Erhöhung der Löhne der Arbeiter des See-Arsenals in Pola einzusetzen. Marinekommandant Vizeadmiral Frhr. v. Spaun gab zu, daß die Löhne der Arsenalarbeiter in Pola um etwas geringer seien als die Löhne der Arbeiter in Privat-arsenalen für Schiffs- und Maschinenbau, besonders in Triest. Der Unterschied sei aber kein so großer. Der niedrige Tagelohn der effizienten Arbeiter in Pola betrage 1 fl. 20 kr. Die Arbeiter des See-Arsenals genießen auch eine Reihe von ganz wesentlichen Begünstigungen. Er verweist auf die unentgeltlichen Marineküchen sowie darauf, daß wenn auch nur wenige und kleine Stipendien für Knaben bestehen, die sich für Maschinenjungen- oder Lehrlingskassen vorbereiten; ferner werden in Kindergärten nahezu 300 Kinder gegen ein Entgelt von drei Kreuzern per Kind und Tag versorgt. Es bestehe eine hohe Provisionierung der Arbeiter und deren Witwen, und es werde bei der Unfallversicherung jener Theil, der bei anderen Firmen auf die Arbeiter entfällt, von der Kriegsmarine bezahlt. Außerdem bestehe ein Konjunkturverein, der den Arbeitern zugute komme. Arbeiter, die sich im Dienste verletzen, erhalten unentgeltliche Behandlung im Spital, desgleichen besondere Begünstigungen im zahnärztlichen Ambulatorium. Außerdem bestehe noch ein Arbeiterunterstützungsfonds. Die Frauen und Kinder der Arbeiter finden Lohnende Beschäftigung bei der Konfektion von Mänteln. Diese Einrichtungen habe der Vorgänger des Marinekommandanten, dem das Wohl seiner Arbeiter stets am Herzen gelegen, für sie geschaffen. Es wäre wünschenswert, wenn auch eine Aufbesserung der Löhne der Arbeiter eintrete. Aber selbst bei einer geringen Verbesserung würde dies eine große Summe betragen, die bei dem sehr großen Marinebudget nicht entbehrt werden könne, da noch wichtigere Angelegenheiten in Rücksicht zu ziehen wären. Wenn die vorgeschlagene Resolution angenommen wird, werde sie für den Marinekommandanten nur eine Unterstützung sein, um die guten Intentionen der Marineleitung zu verwirklichen. Die Arbeiter im See-Arsenal in Pola sind nun wirklich mit ihrer Lage unzufrieden, und es wird in absehbarer Zeit das Marinebudget hauptsächlich mit der Erhöhung der Löhne belastet werden müssen. Die Provisionen sind lächerlich gering und ungeeignet, die Arbeiter zufrieden zu erhalten. Für die unentgeltliche Spitalpflege müssen die Arbeiter schon durch ihre Krankenkassenbeiträge sorgen, und die Aussicht, gelegentlich sich gratis einen Zahn ziehen zu lassen, ist nicht so verlockend, daß die Arbeiter des See-Arsenals für immer mit Hungerslöhnen abgeheißt werden könnten. Die gegenwärtige enorme Vertreibung aller Lebensmittel ist auch an Pola nicht spurlos vorübergegangen, und es wäre klug gewesen, wenn der Marinekommandant sich rechtzeitig mit der Notwendigkeit verkannt gemacht hätte, die Löhne zu erhöhen.

Der sozialen Kriegsgewalt ist nichts Besonderes zu berichten. Uns liegen nur über vier kleinere Streiks Nachrichten vor: Die Arbeiter der Wiener Firma Koberling traten wegen schlechter Behandlung am 31. Mai in den Ausstand. Es traten ferner die Arbeiter des Fahrradwerkes der Firma Pöschel u. Co. in Algersdorf, die Schmiebe in Bogen um die Verkürzung der Arbeitszeit. Dieser Streik ist besonders bezeichnend für die österreichischen Arbeiterverhältnisse, da die Arbeiter um den gesetzlichen elfstündigen Arbeitstag streiten müssen. Der Streik der Arbeiter der Dinaufanger Kugelfabrik von Walle u. Co. dauert fort. Letztere Firma wendet sich nach Deutschland am Arbeitsstrafe, worauf wir die Leser dieses Blattes besonders aufmerksam machen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit sind mehrfach Anträge beim Vorstand eingereicht worden, die durchaus nicht den an sie stilliger Weise zu stellenden Anforderungen entsprachen und machen wir an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam, daß nur solche Anträge auf Unterstützung nach § 20 im Vorstand zur Berathung gelangen, die neben einer Schilderung der die Nothlage veranlassender Umstände eine genaue Angabe der Familienverhältnisse (Familienstand — ob ledig oder verheirathet und ev. Kinderzahl) enthalten und von der Ortsverwaltung geprüft, begutachtet und unterzeichnet sind. Außerdem ist in derartigen Anträgen stets die Höhe der gewünschten Unterstützungen anzugeben sowie das Mitgliedsbuch des Antragstellers beizufügen.

Rechtschutzanträge müssen ebenfalls eine genaue Schilderung des ihnen zu Grunde liegenden Sachverhalts enthalten, von der Ortsverwaltung gewissenhaft geprüft und begutachtet sein. In komplizierten Fällen ist ein Gutachten eines Rechtsanwalts beizufügen. Etwaige auf den Prozeß Bezug habende andere Schriftsätze, wie Anklage- und Klageschriften und deren Beantwortungen sind, sowie Alles, was zur Orientirung über den Sachverhalt dienen kann, im Original oder in Abschrift dem Antrage beizufügen. Ebenso ist auch hier das Mitgliedsbuch des Antragstellers mit einzufügen.

Anträge auf Beitragsbefreiung sind nur durch die Bevollmächtigten der Orte zu stellen, an denen die Errichtung von Verwaltungen nicht angängig ist. Diesen Anträgen braucht das Mitgliedsbuch nicht beigelegt zu werden, sondern es genügt die Angabe der Ursachen der Beitragsbefreiung, auf wie viel Wochen und welche sie sich ausdehnen soll und die Erklärung des Bevollmächtigten, daß ihm die Ursachen nachgewiesen worden sind. Diese Anträge können mit den Quartalsabrechnungen (gleich mehrere zusammen), oder einzeln per Postkarte eingereicht werden.

Anträge auf Ausschluß aus dem Verband müssen den genauen Sachverhalt und die Personalien nebst Mitgliedsbuch-Nummer und Adresse des Auszuschließenden enthalten und von der gesamten Ortsverwaltung geprüft und unterzeichnet sein.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:
 Nr. 241079 des Schlossers Paul Duack, geb. zu Leipzig-Blagowitz am 5. März 1880.
 254301 des Schlossers Otto Schön, geb. zu Ottendorf bei Stottbus am 9. Juni 1878.

Die Mitglieder Hermann Maier, B. Nr. 110 029 und Friedrich Weiße, B. Nr. 72 738, werden hierdurch zur Angabe ihrer Adresse aufgefordert, da seitens der Einzelmitglieder in Gößnitz (S.-Altenburg) ihr Ausschluß aus dem Verbande beantragt ist, damit denselben die Belastungsgründe mitgeteilt werden können.

Maier und Weiße sind dieser Tage von Gößnitz abgereist. Die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden ersucht, dieselben bei eventueller Durchreise an den Vorstand zu verweisen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an
Eduard Werner, Stuttgart, Reimarstraße 160II,
 zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß
 Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Mai 1898 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Von Aalen 435,16. Altenburg 800. Altona 400. Aßersleben 40. Bamberg 1200. Bremen 550. Cannstatt, Former 140. Chemnitz 1100. Darmstadt 108,80. Dessau 80. Döbeln 80. Dresden-N. 400. Dresden-S. 225. Düsseldorf 600. Eisenach 70. Eisenberg 53,30. Elmshorn 75. Garmisch 29,83. Erlangen 125,23. Fernersleben 40. Glensberg 250. Gortz 100. Frankenthal 280. Frankfurt a. M.: Allgem. 300, Neugauer 60. Freiberg i. S. 0,06. Fürstenaalbe 100. Gütlich, Allg. 200. Gabeln 90. Gera: Allg. 100, Klemper 10. Glichstadt 20. Göttingen 100. Gotha 100. Graßwald 15. Gröitz 80. Gröna 150. Hamburg: Allg. 800, St. Georg 68,12. Hannover: Allgem. 400, Klemper 80. Harburg 520. Haploch 20,25. Hegezmühle 12. Herbrunn 60. Hildesheim 50. Hüttrin 37,03. Landsberg a. d. Warthe 70. Landsberg 50. Leipzig-West 700. Limburg 35. Magdeburg: Butta 500, Neustadt 100, Sodenburg 500, Seilenhauer 53,70, Klemper 100. Mannheim 805. Meissen 55. Merseburg 100. Minden 30. Mühlhausen, Spengler 300. Mühlhausen 27. Naumburg 30. Neumünster 94. Neustadt i. Meißn. 61,69. Nürnberg, Hagen 300. Osnabrück 38,01. Osnabrück a. M. 400. Osnabrück, Former 14,70. Penig 40. Planen i. Bggl. 100. Quedlinburg 80. Rechenow: Brillen- und Pincenezarbeiter 200, Gumpel 116, opt. Gumbach 40. Remscheid 100,40. Rühl 10. Rühl 16,50. Sangerhausen 100. Speier 60. Söley 63,24. Sömming-Dors 180. Sömmingen 16,60. Sömmingen 100. Sömmingen i. S. 15. Schwelm 300. Sinzig 100. Sinzig: Allgem. 200, Former 137,60. Tullingen 60. Weisbach 40. Weisbach 100. Weisbach 60. Wilhelmshaven-Baum 20. Wittenberg a. E. 36,27. Zeitz 200. Für: Erbschneider 0,20. Reichsbücher 1,50. Probenliste der 3. ordentl. Generalversammlung 20,60. Beitragsabrechnung 1,30. Zurückgezahlte Vermögensgegenstände von H. Kaufmann-München 5,33. Zurückgezahlte Streifenverpachtung von H. Kaufmann-München 69. Zurückgezahlte Schuld von G. Hahlund-Strasbourg 5. A. Brüller-Wittenberg 5. N. Kaufmann-Sinzig, Siebmacher 33,96. F. Gehring-Sinzig 18. B. Blumhöl-Beclin 3. A. Brodmann-Sinzig 10.

Quittung

über die vom 1.-31. Mai 1898 eingegangenen Gelder für die streikender Maschinenbauer in England.

Von Cannstatt, Former 438,60. Eisenberg 23,30. Frankfurt a. d. O. 11,35. Lübeck 28,45. Remscheid 14,95. Weibert 20,35.

Die Verwaltungen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden dringend gebeten, die vorstehende Quittung genau durchzusehen und etwaige Anstände sofort nach hier mitzutheilen.

Stuttgart, den 31. Mai 1898.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Aufforderung.

Die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden hierdurch ersucht, alle entbehrlichen Exemplare von Nr. 15 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart einzusenden!

Korrespondenzen.

Formen.

Köln. Wegen Differenzen ist der Bezug von Formern und Gießereiarbeitern nach der „Kölnischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Köln-Beuenthal“ strengstens fernzuhalten. Näherer Bericht folgt.

Klemper.

Magdeburg. Am 21. Mai fand bei Grothum eine öffentliche Versammlung der Klemper und Installateure statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Lohnkommission über die aufgenommene Lohnstatistik“ sprach Kollege Großkopf. Zuerst führte er Klage über das laue Verhalten der Klemper in Magdeburg. Von 67 Fragebogen, welche ausgesandt wurden, sind nur 20 zurückgekommen. Diese beziehen sich auf 12 Meisterwerkstätten mit 47 Gehilfen, 4 Hilfsarbeitern und 6 Lehrlingen, sowie 8 Fabriken mit 72 Gehilfen, 4 Hilfsarbeitern und 2 Lehrlingen. Von den 47 Gehilfen, welche bei den Meistern arbeiten, sind 19 verheirathet und haben 23 Kinder. Der Stundenlohn schwankt zwischen 30—43 J., der Durchschnittslohn demnach 36 J bei einer 10stündigen Arbeitszeit. Afford ist nicht, Ueberstunden nur vorübergehend zu verzeichnen; in einer Werkstatt wird die Ueberstunde mit 40 J bezahlt. Installationsarbeiten werden in 8 Werkstätten ausgeführt, der Stundenlohn ist da derselbe wie bei den andern, außer in einem Fall, wo ein Ausschlag von 5 J pro Stunde bezahlt wird. In den Fabriken schwankt der Lohn zwischen 25—40 J pro Stunde bei Lohnarbeit und 18—50 J bei Afford. Es ist festgestellt, daß die Klemper auf dem Gruppenwert einen ganz minimalen Lohn bekommen. Es kommen dieselben zu einem auskömmlichen Lohn nur durch das Ueberstundenwesen, welches dort vorherrschend ist. In der Fabrik von Weiser & Fliege verdienen 19 Klemper einen Lohn von 30—42 J pro Stunde und 14 Klemper einen Lohn von 18—30 J pro Stunde bei Afford. Der Stundenlohn beträgt 25—35 J, die Arbeitszeit ist 10 1/4 Stunden. Durch die diesjährige Lohnstatistik ist festgestellt, daß sich der Lohn gegen das Vorjahr etwas gehoben hat. — Von den Installateuren erstattete Bericht Kollege Gollum. Von 14 Fragebogen, welche ausgesandt wurden, sind 9 zurückgekommen. Diese beziehen sich auf 49 Installateure, 30 Hilfsarbeiter. Von den 49 Installateuren sind 46 verheirathet und haben 101 Kinder. Es schwankt der Lohn zwischen 30—50 J pro Stunde. Afford ist nur vorübergehend und beträgt der Stundenlohn 50—65 J. Von den Hilfsarbeitern sind 23 verheirathet (mit 32 Kindern). Der Stundenlohn beträgt 25—30 J pro Stunde. Lehrlinge werden in 2 Werkstätten beschäftigt. — In der regen Diskussion, die sich hieran knüpfte, wurde von den Installateuren angeregt, in eine Lohnbewegung zu treten, da die Arbeitgeber nicht abgeneigt scheinen, eine Lohnhöhung zu bewilligen. Da die jetzige Geschäftskonjunktur für die Klemper eine ungünstige ist, so sind dieselben gezwungen, einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten. Kollege Wolf betont, daß, ehe man in eine Lohnbewegung tritt, man erst vorzuarbeiten hat; er gibt den Klempern den Rath, sich zu organisiren und die Solidarität zu pflegen. Des Weiteren wies er auf das brutale Vorgehen des Unternehmertums im Baugewerbe gegenüber den Maurern und Bauarbeitern hin und fordert zur kräftigen moralischen und finanziellen Unterstützung auf.

Metall-Arbeiter.

Eisenberg. In einer für die Arbeiter der Metallwaren-Fabrik von Albertus u. Stegmüller einberufenen Werkstättenversammlung wurden folgende Forderungen aufgestellt und einstimmig angenommen: 1. Einführung der 10stündigen Arbeitszeit (bis jetzt 11 Stunden). 2. Erhöhung des Stundenlohnes um 3 J. 3. 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden. 4. Vorstehende Forderungen treten mit dem 1. Juni in Kraft. Nachdem Herr Albertus mit einem unserer Kollegen Rücksprache genommen hatte, wurden Punkt 1, 2 und 4 bewilligt. Betreffs der Ueberstunden erklärte er, daß solche nur im äußersten Nothfalle gemacht werden sollen und bleibt es dann Jedem frei gestellt, ob er welche machen will oder nicht. Da wir nun seit zwei Jahren keine Ueberstunden gemacht haben, so gaben wir uns mit dem Bescheid zufrieden und ist die Sache erledigt. Wir machen unsere Mitglieder noch an dieser Stelle auf unsere am 11. Juni stattfindende Mitgliederversammlung, sowie auf den am 19. Juni stattfindenden Ausflug nach Silberthal aufmerksam.

Freiburg i. B. Am 28. Mai fand unsere regelmäßige Versammlung statt und war dieselbe erfreulicher Weise sehr gut besucht. Es wäre nur zu wünschen, daß die Kollegen in Zukunft immer so zahlreich erscheinen möchten. Als Delegirter zur Metallarbeiter-Konferenz für Baden, Pfalz und Elß wurde Kollege S. Gerle per Akklamation gewählt.

Hierauf hielt Kollege Ketterer eine gewerkschaftliche Rundschau, wodurch eine lebhaft und lehrreiche Debatte hervorgerufen wurde, welche bewiesen hat, daß die Kräfte, um die jüngeren Kollegen zur Organisation zu erziehen und zu bilden, vorhanden sind, so daß es also oft nur am guten Willen fehlt. Auch wäre es sehr gut, wenn die in der vorletzten kombinierten Versammlung gewählte Kommission behufs Aufstellung einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse Freiburgs, mit ihrer Arbeit beginnen würde. Es könnte das für die Delegierten auf der Konferenz von Nutzen sein. Manches könnte im Situationsbericht davon verwerthet werden. Eine gute Statistik ist die beste Waffe der Arbeiterorganisation. Kollegen, agitiert für Euren Verband, mache es sich Jeder zur Pflicht, bei jeder Versammlung Kollegen, die uns noch fern stehen, mitzubringen, dann wird es uns gelingen, unseren Verband auf die Höhe zu bringen, auf der er schon lange sein sollte.

München. Die so viel gepriesene Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ist in letzter Zeit in der Schürfe'schen Bleichschere und Wollwäscherei recht drastisch zum Ausdruck gekommen. Nachdem im Oktober 1897 die neue Werkstätte in der Steinstraße eröffnet war, galt dieselbe bezüglich der Bezahlung als eine der besten hier. Man versprach den reingestellten Leuten dauernde Beschäftigung und 7-8 M Verdienst pro Tag. Dieses Versprechen gab ein Herr Reich; welche Funktion derselbe hat, wissen die meisten Arbeiter nicht, sie wissen nur so viel, daß er ein Freund niedriger Bezahlung ist. Ein Schlosser erlaubte sich, zu erfragen, seinen Stundenlohn von 36 auf 40 zu erhöhen, was demselben auch vom Werkführer zugestanden wurde. Dieses Verlangen nun konnte sich doch Herr Reich nicht bieten lassen und es wurde daher der betr. Schlosser einfach entlassen. Grund: Weil er mehr Lohn verlangte! Herr Reich, wo bleiben da die 7-8 M täglich und die dauernde Beschäftigung? Nicht weniger provoziert sich Herr Werkmeister Stelzle, der auch Militärpensionist ist. Vielleicht denkt dieser Herr, jeder Arbeiter hätte neben seinem Verdienst auch Pension einzuschließen. Herr Stelzle ist bei jeder Gelegenheit sofort mit Pinausforderungen bei der Hand, da man tüchtige Leute genug bekomme. Ueber die Löhne usw. nun Folgendes: Der Taglohn beträgt bei 10stündiger Arbeitszeit für Schlosser: 30 und 35 M, für ältere Arbeiter 40 M; für Dreher: 30, 35, 38 M und für ältere Arbeiter 42 und 45 M; für Maschinenarbeiter: 22 und 30 M, für ältere Arbeiter 35 M pro Stunde. Anfangs wurde nicht in Akkord gearbeitet, jetzt wird aber Alles in Akkord gemacht und sind die Preise meistens sehr schlecht. Die Akkorde, wo noch etwas verdient wäre, setzt man einfach herab, so bei einem Stück von 4,50 M auf 3,50 M, bei einem anderen von 2,40 M auf 1,90 M, ferner von 45 M auf 40 M und von 35 auf 25 M. Und dazu erklärt Herr Reich, bei den anderen Akkorden werde noch abgezogen. Ebenso wird für Neueingestellte ein niedrigerer Taglohn als seither üblich ange setzt. Wie herrlich weit das Straßensystem ausgemacht ist, dafür Folgendes: Einem Arbeiter wurde für einen verholbten Kolben 12 M in Anrechnung gebracht, trotzdem lag aber nachher der Kolben an der Hochmaschine, um ohne Zweifel verwendet zu werden. Der Arbeiter nahm sich jedoch seines bezahlten Kolbens an. Für einen Hubarm, der von einem Lehrlingen zu schwach gehobelt war, wurde einem anderen Lehrlingen und einem Schlosser je 1,20 M abgezogen. Einem Bohrmaschinisten wurde für einen 8 Millimeter starken Bohrer 1,20 M abgezogen. — Die Wesperrpausen dauern 1/2 Stunde, wobei aber die Arbeiter die Fabrik nicht verlassen dürfen, sondern einfach mit dem, was der Wirth bringt, zufrieden sein müssen. Ebenfalls kommt es vor, daß Schlosser, wie überhaupt üblich, beim Ausladen der Maschinen helfen müssen (auch während der Pausen), ohne Vergütung zu erhalten. Man sollte nach alledem glauben, daß es den Arbeitern daselbst selber zu dumm würde, Derartiges ohne Weiteres zu dulden, aber weit gefehlt. Die Wenigsten erinnern sich der Organisation und gerade darum können solche Zustände existieren. An den Arbeitern selbst liegt es, diese Zustände zu beseitigen, nur müssen sie einig und organisiert sein. Darum rufen wir Euch zu: Tretet dem Metallarbeiter-Verband Mann für Mann bei!

Heidenfels. Zu Nr. 20 war aus Lambrecht ein Bericht über eine Bewegung in der Hemmer'schen Fabrik enthalten, der einer Ergänzung bedarf. In genannter Fabrik war die Arbeitszeit vor dieser Bewegung die 12stündige, in Folge von Ueberstunden wurde sie ausgedehnt, in einzelnen Fällen waren Arbeiter bis zu 36 Stunden beschäftigt. Den Arbeitern kam nun der Gedanke, eine Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben, zu welchem Zwecke in Frankfurt eine Besprechung abgehalten wurde. Dort wurde beschlossen, die Sache auf gutlichem Wege zu ordnen und Herrn Hemmer eine Bittschrift zu unterbreiten. Dieselbe hatte aber keinen Erfolg. Deshalb suchten die bisher inorganisierten Arbeiter Schutz im Deutschen Metallarbeiter-Verband. In einer am 17. April in Heidenfels abgehaltenen Mitgliederversammlung traten 120 Mann dem Verband bei und es wurde daraufhin beschlossen, mit der Forderung an Herrn Hemmer heranzutreten: 10stündige Arbeitszeit, 25 Prozent für Ueberstunden und keine Maßregelung. Wenn bis 1. Mai nicht bewilligt würde, sollte die Arbeit eingestellt werden. Um jedoch vorher eine Einigung zu erzielen, wurde Herr Hemmer zu einer Versammlung am 24. April eingeladen. Daraufhin trat er am 23. April mit den Arbeitern in Unterhandlung und bewilligte 10 1/2 Stunden Arbeitszeit, 10 Proz. für Ueberstunden, mögliche Beschränkung der Ueberstunden und keine Maßregelung. — Trotzdem aber diese Bewilligungen erfolgten, machte gleich nachher die Fabrikleitung den Versuch, die Arbeiter der Schlosserei und Dreherei zu einer Ueberstunde zu zwingen, um eventuell die alte Arbeitszeit wieder ganz einzuführen. Die Gießerei wurde dabei überhaupt ausgeschlossen, in dieser wird alle zwei Tage und auch dazwischen gegossen, wobei es gewöhnlich 8-10 Uhr Abends wird. Die Behandlung läßt hauptsächlich in der Gießerei viel zu wünschen übrig. Ein Meister, der hier gelernt hat, sagt zu den Formern: „Ihr Lumpen, lernt mal erst arbeiten, Ihr Faulenzen, ehe Ihr was verdienen wollt. In den Gassen umhergehen und laufen, das könnt Ihr, aber sonst nichts.“ — Wir erjuchen die Hude zu meiden, bis die Verhältnisse geändert sind und an dieser Stelle bekannt gemacht wird, daß die Sperre aufgehoben ist.

Gutlingen. Auf die an uns gerichteten Anfragen bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Fürst u.

Fürstenberg'schen Maschinenfabrik Immendingen geben wir bekannt, daß wir nach den an Ort und Stelle eingezogenen Erkundigungen nicht raten können, nach Immendingen zu kommen. Ein Direktor mit 10 000 M „Lohn“ nebst 5 Werksführern sind die geistigen Leiter des Establishments. Immendingen, ein Bauerndorf und nur wegen seiner zentralen Eisenbahnanlage bekannt, birgt größtentheils einheimische Arbeiter, die zum Theil ein kleines Häuschen mit Garten besitzen; diese Arbeiter können also billiger arbeiten wie der Fremde oder städtische Arbeiter. Fremde Arbeiter werden eingestellt mit einem Taglohn von 4 M, so lange bis dieselben zur Akkordarbeit eingearbeitet sind; außerdem haben dieselben einen Vertrag zu unterschreiben, nach welchem sie sich verpflichten, mindestens sechs Monate zu verbleiben. Wie lange der Arbeiter zum Einarbeiten braucht, bestimmt die Fabrikleitung resp. der Werksführer. Kürzlich fing auch einer mit „4 M“ an, nach 1 1/2 Wochen jedoch wurde demselben erklärt, nunmehr Akkord annehmen zu müssen. Er lehnte es jedoch ab und schüttelte den Immendinger Staub von seinen Pantoffeln. Speziell die Former beklagen sich über Platzmangel, dunkle Werkstätte, schlechten Formsand, außerdem haben dieselben keinen Graphit und keinen Staub. Da naß gegossen wird, kommt der Guß so aus den Formen, daß man zuerst mit dem Pikel die Reinigung beginnen muß. Gibt es dann in Folge des schlechten Arbeitsmaterials Ausschuß, so wird dafür nichts bezahlt und der Arbeiter kann dann manchmal mit 6-8 M pro Woche heimgehen. Die Hauptschuld soll den Gießemeister treffen, welcher seine „technischen“ Kenntnisse als früherer „Christusgänger“ erworben hat. Voriges Jahr arbeitete die Fabrik mit Unterbilanz, was nach angestellter „Untersuchung“ darin seinen Grund haben sollte, daß „zu viel alte Arbeiter“ beschäftigt werden, die in ihren Leistungen sehr zurückgegangen seien. Des heiligen Profites halber mußten dann 10 Arbeiter entlassen — „pensionirt“ — werden. Sie erhielten als Anerkennung ihrer langjährigen Thätigkeit in der Knochenmühle eine jährliche „Pension“ von 100 bis 150 M. Dieselben wurden dann noch von der fürstlichen Durchlaucht höchstselbst in Donaueschingen empfangen, ihnen der fürstliche Dank für ihre zehnjährigen Knochen ausgedrückt und dann mit Ertragschek von 50 M gnädig entlassen. Seine Durchlaucht besitzt 275 000 Hektar. Bürgerliche Blätter machten sich natürlich diese edle „Humanität“ zu Nutzen; das scheinbare Christenthum nach Außen. Die kapitalistischen Berechnungsweisen nach Innen sollen dem Arbeiter seine Lage verdunkeln. Zur Zeit reist der neue Formmeister Siekin aus Berlin in Nord- und Mitteldeutschland herum, um Arbeiter für „hohe Löhne und dauernde Beschäftigung“ nach Immendingen anzuwerben. Wer also Lust hat, sich „sichere Lebensstellung“ zu verschaffen, und — alt und grau geworden — 150 M Pension erlangen will, der komme nach Immendingen.

Schmiede.

Breslau. Schmiedestreik. Nach dreiwöchentlicher Dauer ist am Sonnabend der Streik der Fuß- und Wagen schmiede beendet worden. Am 17. Mai hatte bereits die Mehrzahl der Schmiedemeister die Hauptforderungen: Abschaffung von Kost und Logiswesen, übliche Pausen und den geforderten Lohn bewilligt, auf Grund dessen der Generalstreik aufgehoben und in den partiellen Streik eingetreten wurde. Es sind nur noch einige Gesellen, welche noch nicht in Arbeit stehen, leider auch solche, welche verheirathet sind und den geforderten Lohn schon vor dem Streik erhielten, sich aber mit den jüngeren Kollegen solidarisch erklärten. Ihre Stellen sind, entgegen einem dementsprechenden Beschlusse, von jüngeren Leuten besetzt worden. Im Allgemeinen ist der Erfolg ein äußerst günstiger. Nachdem nun endlich das Kost- und Logiswesen aufgehoben ist und die sonst üblichen Pausen eingeführt worden, bleibt dem Gesellen auch mehr freie Zeit, in welcher er seinen müden Körper ausruhen kann. Es wäre nun auch zu wünschen, daß das Ertragschek festgehalten würde; vor allen Dingen dadurch, daß die Gesellen dem Deutschen Metallarbeiterverbande treu bleiben, regelmäßig die Versammlungen besuchen und nicht wieder den alten Schlenbrian aufkommen lassen, sonst wird über kurz oder lang von den Breslauer Schmiedemeistern der alte jämmerliche Zustand wieder eingeführt. Darum, Schmiedegesellen Breslau, seid auch fernerehin auf Eurer Hut!

Feilenhauer.

Chemnitz. Da es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen ist, daß zugereiste Feilenhauer den Arbeitsnachweis nicht benutzt haben, sondern Umgehungen gegangen sind, so wird hiermit ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß der Arbeitsnachweis sich nur bei Kollege Hugo Weissbach, Maxstraße 13, III, und zwar Mittags von 12-1 Uhr und Abends von halb 7 bis 8 Uhr, befindet. Zuwiderhandelnden wird unmissverständlich das Geschenk entzogen.

Darmstadt. Nachdem wir vor einiger Zeit einen Arbeitsnachweis der Feilenhauer gegründet haben, wurden gleich darauf 2 Kollegen gemaspregelt. Es ist deshalb der Bezug von Feilenhauern streng fernzuhalten, indem auch noch anderweitige Differenzen vorhanden sind. Die Kollegen wollen Darmstadt erst dann besuchen, wenn die Ortsverwaltung eine Erklärung in der „Deutschen Diet-Bez.“ fundig ist. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei dem Bevollmächtigten Wilh. Müller, große Kaplaneigasse 42.

Nürnberg. Nachdem es zwischen uns und den Meistern noch zu keiner Kommissionsitzung kam, dauert der Streik der Feilenhauer von Nürnberg und Fürth unverändert fort. Wir ersuchen daher alle Kollegen den Zugang streng fernzuhalten. Leider haben wir auch einen Arbeitswilligen zu verzeichnen, welcher, nachdem noch sämtliche Kollegen in Arbeit standen, zu einer 14tägigen militärischen Lebung einrücken mußte und für diese Zeit vom Verbands Streikunterstützung verlangt, welche natürlich nicht gewährt wurde. Dies der Grund der Abtrünnigkeit. Trotzdem herrscht unter den Streikenden die größte Begeisterung, um ihre gerechten Forderungen durchzuführen. Alle Sendungen sind an die Lohnkommission der Feilenhauer Nürnberg, Cafe Markt, Prechtelsgasse 16, zu richten.

An die Klempner, Gas- und Wasserleitungsarbeiter Hamburgs.

Kollegen! Vorüber ist der 1. Mai mit seiner gewaltigen Massendemonstration für die tiefste Forderung einer gedrückten Klasse: „Geht den Achtstundentag, verkürzt der Arbeitstag!“ Die Meisten von Euch haben sich dem Riesenauge angegeschlossen und diese Forderung laut und eindringlich mit erhoben. Nur Wenige waren es, die abseits standen, die aus irgend welchen äußeren Gründen sich der Demonstration nicht anschlossen. Doch auch bei diesen wird sich der Geist der Solidarität geregt haben, so daß sie sich innerlich mit ihren Klassengenossen Eins wußten in der Forderung der Verkürzung der überlangen Arbeitszeit. Aber darüber wird sich nun wohl bald jeder Kollege klar sein, daß uns eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht so ohne Weiteres in den Schooß geworfen wird. Nein, eine Verkürzung der Arbeitszeit kann nur von einer starken gewerkschaftlichen Organisation erkämpft werden. Machtlos steht der Einzelne den maßlosen Anforderungen heutiger Unternehmer gegenüber. Dem Einzelnen bleibt, um seine ärmliche Existenz zu erhalten, nichts weiter übrig, als den Nacken willig zu beugen unter das drückende Joch. Nur geschlossenen in festen Reihen sind wir eine Macht. Darum, Kollegen, seid eingedenk der Mahnung des ersten Mai! Seit einem halben Jahrhundert schon wird jener gewaltige Werk: „Proletariat aller Länder, aller Berufe, vereinigt Euch!“ in allen Variationen in allen Zungen gepredigt und immer noch steht eine große Zahl Kollegen ihrer Gewerkschaft fern. Groß schon ist die Zahl Derer, die sich um das Banner der Gewerkschaft geschart haben und trotz den Nacken grade richten, um das Joch der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschütteln. Die Zahl genügt aber nicht, so lange nicht sämtliche Kollegen sich der Sektion der Klempner angeschlossen haben. Ihr fernstehenden Kollegen, wollt Ihr noch länger gleichmüthig zusehen, wie die Besten Eurer Kollegen Opfer über Opfer an Zeit, Geld und Gesundheit darbringen in dem verzweifeltsten Kampfe gegen das große soziale Unrecht eines in Niedergang begriffenen Systems? Wenn auch Ihr Euch uns anschließt zum gemeinsamen Kampfe, wird es uns ein Leichtes sein, die Arbeitszeit zu verkürzen. Seit einem halben Jahre schon stehen wir mit der Hamburger Klempner-Vereinigung in Unterhandlungen zwecks Regelung unserer traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wie dieselben verlaufen werden, vermag heute noch Keiner abzusehen. Aber so viel ist gewiß: haben wir eine starke Organisation, der sämtliche Klempner Hamburgs angehören, dann werden die schwebenden Verhandlungen auch zu unserer Zufriedenheit geregelt werden. Um nun eine energische Agitation für den Verband zu entfalten, ist in der letzten Mitgliederversammlung der Sektion der Klempner eine Resolution angenommen worden, wonach eine energische Agitation in den Werkstätten zu entfalten ist. Zu diesem Zwecke werden alle Werkstätten, in denen mehr als zwei Mann beschäftigt sind, aufgefordert, unverzüglich einen Werkstättenbelegirten zu wählen. In denjenigen Werkstätten, in denen aus irgend welchen Gründen die Kollegen die Wahl nicht vornehmen können, hat der Vorstand solches schleunigst in die Wege zu leiten. Die Adressen der Werkstättenbelegirten sind baldmöglichst an den Kaiserstr. 11, Unterleher, Cassanacherreihe 14, III, oder an den Unterzeichneten einzurufen.

Also, Klempner Hamburgs, Kollegen, legt Eure Gleichgültigkeit, Eure Lauheit ab! Die Geschäftslage unserer Branche ist eine günstige und scheint noch besser zu werden. Die Zeit ist gekommen, wo wir unsere Lage verbessern können, wenn wir uns nur einig sind.

Darum, Kollegen, überall an die Arbeit! Auf zur Delegirtenwahl! Hoch die Organisation!

Die Ortsverwaltung der Sektion der Klempner Hamburgs.
J. A.: Ernst Köpfe.

Gerichts-Zeitung.

Gera. Nachklänge zum Streik bei Brömme & Biele in Gera. Wegen Vergehens gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung hatte sich am 2. Juni Kollege G. Belder vor dem Schöffengericht zu verantworten. Gelegentlich des Streiks bei Brömme & Biele hielt sich Angeklagter eines Tages in dem Restaurant des verstorbenen Landtagsabgeordneten Ernst Hahn auf, wofür auch der Klempner Apel aus Leipzig sich wendete, um über die Verhältnisse in der genannten Fabrik, wofür er in Arbeit treten wollte, sich zu orientieren. Angeklagter gab dem Apel auf Befragen die gewünschte Auskunft, dabei bemerkend, daß er (Angeklagter) bei dieser Firma vorläufig nicht in Arbeit treten möchte, sonst würde er als Streikbrecher angesehen und jedenfalls von den Kollegen verachtet werden. Apel, welcher sich gegenwärtig in Würzen in Arbeit befindet, ging hin und denunzierte den Angeklagten. Der Antragsanwalt hält aber die Thatbestandsmerkmale obengenannter Paragraphen nicht für gegeben, weil der Streik nicht zur Erlangung günstigerer Lohnbedingungen, sondern zum Zwecke der Entlassung eines Aufsehers inszeniert worden sei. Auch sei nicht festgestellt, daß Angeklagter den Apel wirklich zur Nichtaufnahme der Arbeit zu bestimmen versucht hatte, weshalb er Freisprechung beantragte. Der Verteidiger hebt noch hervor, daß Angeklagter wohl kein Interesse an dem Ausgang des Streiks gehabt habe, da derselbe nicht bei der Firma gearbeitet habe und genau genommen, doch nur dem Apel auf Befragen seine Meinung äußerte. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da nicht anzunehmen war, daß es sich um einen Streik zum Zwecke der Eringung günstigerer Arbeitsverhältnisse gehandelt hat.

Schwerste Strafe Demjenigen usw. Anlässlich des Porzellanarbeiterstreiks in Dahlen soll der ausständige Porzellanmaler Traugott Böttner zur Mutter eines arbeitswilligen Porzellanmalers gesagt haben: „Diejenigen, die jetzt nicht mitstreifen, werden dann herausgeworfen, wenn wir wieder anfangen; ehe fangen wir nicht wieder an.“ In diesen Worten erklärte die Staatsanwaltschaft eine Drohung, durch die er den erwähnten Arbeitswilligen hätte bestimmen wollen, sich am Streik zu beteiligen. Es wird ihm auch wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung der Prozeß gemacht. Böttner leugnete vor dem Amtsgericht entschieden, jene Äußerung gebraucht zu haben; die betreffende Frau aber beschwört es. Der Ver-

